

---

# Entscheidung für Rheinland-Pfalz

## Regierungsprogramm 2006-2011 der SPD Rheinland-Pfalz

<b>Die SPD Rheinland-Pfalz: Sozial gerecht und wirtschaftlich erfolgreich</b>	<b>2</b>
<b>I. Wir stärken den Wirtschaftsstandort und schaffen Arbeitsplätze</b>	<b>4</b>
<b>II. Wir schaffen ein leistungsfähiges Bildungssystem</b>	<b>8</b>
<b>III. Wir sorgen für Kinder und Familien</b>	<b>14</b>
<b>IV. Wir schaffen Zukunft durch Wissen</b>	<b>18</b>
<b>V. Wir organisieren eine soziale und solidarische Gesellschaft</b>	<b>21</b>
<b>VI. Wir gewährleisten Sicherheit und Recht</b>	<b>26</b>
<b>VII. Wir schützen die Lebensgrundlagen und geben Impulse für Innovation und Entwicklung</b>	<b>29</b>
<b>VIII. Wir fördern Landwirtschaft und Weinbau</b>	<b>33</b>
<b>IX. Wir fördern Zusammenleben und Zusammenhalt</b>	<b>35</b>
<b>A. Gleichstellung von Frauen und Männern</b>	<b>35</b>
<b>B. Kultur bewahrt und verändert</b>	<b>36</b>
<b>C. Medienvielfalt sichern</b>	<b>38</b>
<b>D. Integration fördern</b>	<b>39</b>
<b>X. Wir sind gute Partner in Europa und in der Welt</b>	<b>41</b>
<b>XI. Rheinland-Pfalz – Ein moderner Staat</b>	<b>43</b>
<b>A. Solide Finanzen – in die Zukunft investieren</b>	<b>43</b>
<b>B. Staat und Verwaltung modernisieren</b>	<b>44</b>
<b>C. Bürgerbeteiligung fördern – Ehrenamt stärken</b>	<b>47</b>
<b>Die SPD Rheinland-Pfalz: Verantwortung und Vertrauen</b>	<b>49</b>

## Die SPD Rheinland-Pfalz: Sozial gerecht und wirtschaftlich erfolgreich

Rheinland-Pfalz hat unter sozialdemokratischer Führung die Herausforderungen der letzten Jahre erfolgreich bewältigt. Das Wirtschaftswachstum ist überdurchschnittlich, die Arbeitslosigkeit unterdurchschnittlich, und zahlreiche weitere wichtige Indikatoren weisen unsere Region als eine der stärksten in Europa aus. Eine Studie der unabhängigen Bertelsmann-Stiftung bescheinigt der von Ministerpräsident Kurt Beck geführten Landesregierung einen seit Jahren anhaltenden „stetigen Aufstieg“, der auf „konsequente, nachhaltige Aktivitäten der Landesregierung zurückzuführen“ ist. Wir haben also Wort gehalten, als wir vor fünf Jahren eine innovative Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik versprochen haben. Und das gilt auch für andere Bereiche wie die Einführung der Ganztagschulen oder den Ausstieg aus der Atomenergie. Aus diesem Grund genießt Kurt Beck mit seiner Regierung großes Vertrauen in Rheinland-Pfalz.

Auf diesen Lorbeeren ruhen sich Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen nicht aus. Zu den bekannten Herausforderungen sind neue hinzugetreten. In der Globalisierung erkennen wir die anspruchsvolle Aufgabe, für internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen, ohne unsere Grundwerte, wie soziale Gerechtigkeit und die Würde der Arbeit, zur Disposition zu stellen. Wir werden nicht zulassen, dass die „Ausrede Globalisierung“ dazu benutzt wird, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das wieder abzunehmen, was sie sich in hundert Jahren schwer erkämpft haben. An dem Ziel, günstige Bedingungen für mehr Arbeit und Wachstum zu schaffen, wollen wir festhalten, auch und gerade weil wir einer wachsenden internationalen Konkurrenz aus Osteuropa und Asien ausgesetzt sind. Wir erkennen die Notwendigkeit, die Staatsverschuldung abzubauen, aber vergessen darüber nicht, dass dies sozial gerecht zu erfolgen hat. Immer schon haben wir in neuen Entwicklungen vor allem die Chancen gesehen, die sie bieten. Wir werden die neuen Kompetenzen für das Land wie sie die Föderalismusreform vor allem im Bereich der Schulen und Hochschulen bringt, sorgsam und konsequent nutzen. Durch vorausschauendes Handeln versuchen wir die Folgen der demographischen Entwicklung abzufedern. Aber vor allem werden wir die mit dieser Entwicklung verbundenen neuen Gestaltungs-Spielräume ausloten und nutzen. Das gilt ebenso für die enormen Chancen der neuen Technologien, vor allem auf dem Gebiet von Information und Kommunikation, aber auch in der Medizin, dem Umweltschutz und der Ökologie.

Dafür braucht es aber bestens gebildete und ausgebildete Menschen. Daher investieren wir in Bildung, kümmern uns künftig verstärkt um die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten und Kindergärten und fördern die stetige Verbesserung der Qualität des Unterrichts in allen Schularten. Dabei achten wir auf Chancengleichheit. Um auf der Grundlage des Erreichten den weiteren Aufstieg unseres Landes zu befördern, werden wir in den nächsten Jahren massiv in unsere Hochschulen und in Forschung und Entwicklung investieren.

Wir wollen, dass es sich in Rheinland-Pfalz künftig noch besser leben lässt als heute. Deshalb werden wir weiter unsere Wirtschaft stärken, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und zugleich für ein kinder- und familienfreundliches Land sorgen, in dem Männer und Frauen gleichberechtigt leben und Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. Wir tun, was nötig ist, um in unserem Land sicher zu leben. Wir bemühen uns um unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Wir wissen, dass Natur und Umwelt unser Kapital sind und berücksichtigen daher ökologische Erfordernisse. Wir fördern Landwirtschaft und Weinbau, weil beide das Gesicht unseres Landes prägen und wichtige Beiträge dafür leisten, dass es sich hier gut leben lässt.

Wir wissen, wie wichtig Gewerkschaften, Verbände, Vereine und auch die Kirchen für ein gedeihliches Miteinander sind. Daher arbeiten wir stets konstruktiv mit allen zusammen, die sich, wie wir, dafür einsetzen, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz gerne hier leben. Kurt Beck und sein Kabinett haben einen ganz eigenen Stil des Regierens entwickelt, dessen gestaltende Kraft auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz stößt.

Durch die Integration Europas und die Globalisierung schrumpft die Bedeutung der Nationalstaaten, aber wächst die Bedeutung der Regionen. Deshalb stärken wir unsere Region, vernetzen uns mit anderen wirtschaftsstarke Nachbar-Regionen und sind Europa und der Welt ein guter Partner.

# I. Wir stärken den Wirtschaftsstandort und schaffen Arbeitsplätze

Ein starker und attraktiver Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz ist für uns die Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze. Bei uns arbeiten Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften partnerschaftlich und respektvoll zusammen, Probleme werden gemeinsam angegangen und tragfähige Lösungen erarbeitet. Wir setzen auf wirtschaftliche Stärke und soziale Verantwortung. Soziale Sicherheit, existenzsichernder Lohn, Teilzeitarbeit, Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Tarifautonomie und Flächentarifverträge stärken Motivation und Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei setzt Rheinland-Pfalz auf die Bündelung aller Kräfte aus Wirtschaft, Gewerkschaft, Politik und Arbeitsverwaltung, um auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein.

Unsere mittelständischen Unternehmen sind die entscheidende Grundlage für die Wirtschaftskraft unseres Landes und sichern den wirtschaftlichen Erfolg. Die großen weltweit agierenden Betriebe sind international erfolgreich und stehen verantwortungsvoll zu unserem Land. Wir schaffen ein positives Umfeld für Existenzgründungen als eine Voraussetzung für neue Arbeitsplätze.

Wir fördern aktiv Beschäftigung. Jungen Menschen helfen wir bei einem guten Start in das Berufsleben. Beschäftigte unterstützen wir durch gezielte Weiterbildung. Mit wirkungsvollen Strategien zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Flexibilisierung der Arbeit nutzen wir die Ressourcen gut ausgebildeter Frauen – nicht zuletzt zum Wohl der Unternehmen. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verfügen über hohe Fachkompetenz. Ihr Wissen und ihre Erfahrung sind eine Chance für jedes Unternehmen. Menschen, die den Anforderungen an Ausbildung und Arbeit nicht ohne Unterstützung nachkommen können, bieten wir Maßnahmen der Qualifizierung und Beratung an. Unser Ziel ist, dass möglichst jeder und jede am Erwerbsleben teilhaben kann und niemand verloren geht.

## Unsere Bilanz:

Der stetige Aufstieg des Landes, die Verbesserung der Standortqualität und der Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze sind das Ergebnis der konsequenten und nachhaltigen Aktivitäten der Landesregierung. Beim Wirtschaftswachstum zählen wir zur Spitzengruppe in Deutschland. Unter den Flächenländern ist Rheinland-Pfalz das Exportland Nr.1. Hier ist das Land der Existenzgründungen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg nirgends in Deutschland so stark. Mit einer Erwerbstätigenquote von 68 Prozent besetzen wir den drittbesten Platz im Ländervergleich. Wir haben die drittniedrigste Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik. Und auch bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist das Land führend.

Die Herausforderungen der Konversion haben wir zu einer bundesweit anerkannten Erfolgsgeschichte für einen gelungenen Strukturwandel genutzt. Seit 1991 hat die SPD-geführte Landesregierung rund 1,7 Milliarden Euro in die Konversion investiert und damit rund 34.500 zivile Arbeitsplätze mit Zukunft geschaffen; weitaus mehr als zuvor für deutsche Zivilbeschäftigte bestanden.

Am „Ovalen Tisch“ des Ministerpräsidenten, der Runde aller maßgeblichen Arbeitsmarktakteure des Landes, wird seit 2004 der nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs umgesetzt. Zu den Ergebnissen dieser Initiative zählt, dass die Unternehmen des Landes deutlich mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen haben. Mit unserer Arbeitsmarktpolitik sorgen wir dafür, dass Menschen in Arbeit kommen. Dazu hat die Landesregierung in den letzten fünf Jahren rund 3.000 Projekte mit einem Mittelvolumen von über 200 Millionen Euro durchgeführt. Etwa 140.000 Menschen wurden beraten und qualifiziert, um sie in Beschäftigung zu bringen.

Rund 20.000 Kilometer gut ausgebaute Straßen und ein Wasserstraßennetz von 605 Kilometern halten den Verkehr in Rheinland-Pfalz in Fluss. Mit dem Rheinland-Pfalz-Takt haben wir eine

verstärkte Nutzung im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs erreicht. Der internationale Flughafen Frankfurt-Hahn hat sich für Passagiere und Unternehmen zu einer erstklassigen Adresse entwickelt.

## Unsere Vorhaben:

1. **Wir werden die Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter verbessern**, um den großen Unternehmen und den vielen mittelständischen Betrieben auch weiterhin ein dynamisches Wachstum zu ermöglichen. Rheinland-Pfalz ist Partner von Unternehmerinnen und Unternehmern. Wir werden weiter aktiv überflüssige Bürokratie abbauen, und wir sorgen für noch schnellere und einfachere Genehmigungsverfahren.
2. **Wir werden unsere wirtschaftspolitischen Schwerpunkte noch stärker auf die zukunftsfähigen Branchen ausrichten.**
  - Wir werden gezielt Zukunftsbranchen fördern.
  - Mit der verstärkten Vernetzung von Wirtschaft, Technologie und Forschung werden wir vor allem in den Informations- und Kommunikationstechnologien, der Bio- und Gesundheitstechnologie, dem Dienstleistungsbereich, Tourismus und der Medienbranche neue Arbeitsfelder schaffen.
  - Zur Stärkung der Kapitalausstattung der Unternehmen werden wir die Förderinstrumente der von uns geschaffenen Investitions- und Strukturbank (ISB) für Gründer- und Beteiligungskapital ausbauen. Mit Programmen wie "Bürgerschaft direkt" werden wir weiter die starke Gründerkultur in unserem Land fördern.
  - Wissen schafft Arbeit, denn Investitionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind gleichzeitig Investitionen in Arbeitsplätze. Jeder Euro, der in das Wissenschaftssystem fließt, zieht eine hohe Bruttowertschöpfung nach sich. Wir werden die weit ausstrahlenden Entwicklungskerne an den Forschungsstandorten weiter stärken.
  - Wir setzen uns für gute Produktionsbedingungen für unsere Betriebe ein, wie wir das bereits mit dem engagierten Einsatz von Rheinland-Pfalz im Bereich der EU-Chemikalienpolitik getan haben.
3. **Motivierte und gut ausgebildete Fachkräfte sind die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen.** Deshalb unternehmen wir auch künftig größte Anstrengungen, um Ausbildung auf hohem Niveau zu sichern. Wir fördern innovative Projekte der beruflichen Fort- und Weiterbildung, um die Qualifikation der Beschäftigten in unserem Land fortlaufend zu verbessern.
4. **Sicherheit schafft Motivation.** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben einen Anspruch auf planbare Lebensverhältnisse. Ihre Arbeitsvertragsbedingungen müssen deshalb so abgesichert sein, dass sie nicht zum Spielball kurzfristiger und unterschiedlicher politischer und unternehmerischer Interessen werden können. Wir unterstützen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem Anspruch auf Arbeitsschutz und gesunde Arbeitsbedingungen. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften ein.
5. **Wir wollen die Erwerbstätigenquote von Frauen und ihren Anteil in Führungspositionen weiter erhöhen.** Dafür setzen wir uns bei den Tarifpartnern ein und gehen in der Landesverwaltung mit gutem Beispiel voran. Darüber hinaus setzen wir unsere Aktivitäten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf fort.
6. **Der Arbeitsmarkt der Zukunft braucht die Potenziale aller.** Deshalb stärken wir die Teilhabe von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt. Wir beraten und qualifizieren Unternehmen, Personal- und Betriebsräte in der Ausgestaltung altersgerechter Arbeitsplätze sowie in ihrer interkulturellen Kompetenz.

- 7. Wir bekämpfen illegale Beschäftigung und setzen uns für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, der sich an den Tarifverträgen der einzelnen Branchen orientiert, um Lohndumping zu verhindern.** In der Sonderkommission „Illegale Beschäftigung“ arbeiten alle relevanten Akteure des Landes Rheinland-Pfalz bei der Bekämpfung von illegaler Beschäftigung in allen Branchen erfolgreich zusammen. Diese Arbeit wird mit Hilfe der Bundesbehörden weiter intensiviert. Um die illegale Beschäftigung in der Pflege zu bekämpfen, werden wir ein neues Bündnis auch für diese Branche auflegen.
- 8. Die überdurchschnittliche dichte und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur in unserem Flächenland wollen wir gezielt weiter ausbauen.** Dabei liegt die Zukunft in der intelligenten Vernetzung von Straßen, Schienen, Wasserstraßen und Flugverkehr – auch um Ressourcen zu schonen und die Umweltbelastung des Verkehrs in erträglichen Grenzen zu halten.
- Der Erhalt und der Ausbau des Straßennetzes bleibt für uns von zentraler Bedeutung. Beim Ausbau von Landes-, Kreis- und Bundesstraßen hat der Ausbau vor dem Neubau Priorität. Vorrang bekommen Ortsumgehungen, die der Entlastung von Städten und Gemeinden dienen.
  - Die Anbindung an das europäische Fernverkehrsnetz wollen wir dichter knüpfen. Die Verkehrsverbindungen zwischen den Regionen wollen wir unter anderem mit einer welterbegerechten Rheinbrücke zwischen Taunus und Hunsrück, dem Hochmoselübergang und einer Rheinbrücke im Raum Wörth-Karlsruhe verbessern.
  - Wir werden die rheinland-pfälzischen Flughäfen mit dem Schwerpunkt Flughafen Frankfurt-Hahn weiter ausbauen und seine Kooperation mit dem Flughafen Frankfurt Rhein-Main intensivieren. Den Flugplatz Zweibrücken werden wir im Rahmen des Vier-Säulen-Modells aufwerten.
  - Mobilität spielt in unserem Land für alle Generationen eine wichtige Rolle. Die Möglichkeiten Kraftstoffe auf Basis nachwachsender Rohstoffe zu entwickeln und zu nutzen, werden wir fördern. In ländlichen Regionen werden wir weiterhin den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs unterstützen. Dies soll neben Mitfahrerparkplätzen auch bedarfsgerecht über die Einrichtung von Mobilitätsbüros und über die Unterstützung des Aufbaus eines Netzes von Anrufsammeltaxen geschehen, um den individuellen Bedürfnissen abseits von Fahrplänen gerecht zu werden.
  - Das für den erfolgreichen Rheinland-Pfalz-Takt notwendige Schienennetz im Land bleibt langfristig gesichert.
- 9. Wir werden unsere erfolgreiche Konversionspolitik mit dem Ziel des Erhalts und der Schaffung von Arbeitsplätzen fortführen.** Zur Verwertung der ehemaligen Militärf Flächen kommen viele frei werdende Flächen der Bahn und der Post und Industriebrachen hinzu. Wir werden auch künftig die Kommunen mit ihren Konversionsproblemen nicht alleine lassen und werden dabei vor allem die Potenziale der gesamten Region noch stärker in den Blick nehmen.
- 10. Wir bauen das Tourismusland Rheinland-Pfalz weiter aus.**
- Die vielfältigen Chancen, die die UNESCO Weltkulturerbestätten uns bieten, werden wir aktiv nutzen. Dabei werden wir die Vielzahl der historischen Bauten, die Rheinland-Pfalz beherbergt, weiter erschließen und für die touristische Nutzung öffnen.
  - Die Kooperation von Kultur und Tourismus, wie es bereits beim Kultursommer Rheinland-Pfalz geschieht, werden wir stärken.
  - Das dichte rheinland-pfälzische Netz der Rad- und Wanderwege werden wir zur Förderung des Freizeittourismus komplettieren.
  - Wir wollen die Vernetzung der touristischen Leistungsanbieter und deren Einbindung in die touristische Arbeit fördern sowie das regionale Marketing stärken.
  - Die touristische Zusammenarbeit in den Grenzregionen und mit den Nachbarländern Belgien, Luxemburg und Frankreich wird weiter ausgebaut.

- Die Angebote in den Kur- und Heilbädern unseres Landes sind auf die Chancen des Gesundheits- und Wellness-Tourismus auszurichten, neue touristische Trends, auch unter Berücksichtigung der Interessen von Menschen mit Behinderungen, zu fördern.
- Die einmalige Chance der Fußball-WM werden wir aktiv mit attraktiven Angeboten für unsere Gäste aus aller Welt nutzen sowie Kooperationen von Tourismus und Sport - wie bei der Erlebnisregion Nürburgring mit dem Freizeit- und Businesszentrum – fördern. Wir setzen uns für den Erhalt der Formel 1 zu vertretbaren Bedingungen ein.

#### **11. Wir werden die regionale Wirtschaftsentwicklung fördern.**

- Unser Ziel ist, die Zusammenarbeit in Netzwerken zwischen Produzenten, Zulieferern und Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Dienstleistern, Kammern, Verbänden, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten zu fördern. Dadurch werden regionale Identitäten gestärkt, Innovationen und neue Leitbilder für die regionale Entwicklung entstehen.
- Zur Optimierung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen werden wir das Regionalmanagement zur Koordinierung von Ideen, Konzepten und Projekten der verschiedenen Akteure wie Städte und Gemeinden, Landkreise und Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, Geschäften und Arbeitsverwaltung vor Ort anstoßen.
- Um für die Menschen in unserem Flächenland eine ortsnahe Versorgung mit Finanzdienstleistungen anzubieten und die Kreditversorgung für Handwerk und Mittelstand zu gewährleisten, brauchen wir neben der am Standort Mainz dauerhaft gesicherten Landesbank auch auf lokaler Ebene den dauerhaften Fortbestand der Sparkassen als kommunale Wirtschaftsunternehmen. Wir treten allen Bestrebungen, die Sparkassen als kommunale Finanzinstitute zu schwächen, entgegen.

#### **12. Neue Chancen für Arbeitssuchende**

Wir wollen, dass auch Menschen mit geringen Qualifikationen einen Anspruch auf Beschäftigung und einen Lohn, der ein Leben in Würde ermöglicht, haben. Die Gesellschaft braucht diese Menschen in ihrer Gemeinschaft. Wir werden deshalb auf Bundesebene die Förderung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich sowie den Ausbau der haushaltsnahen und personennahen Dienstleistungen anstoßen.

#### **13. Mit unserer Arbeitsmarktinitiative „Neue Chancen: 6000 plus für Jung und Alt“ sorgen wir für mehr Arbeit und Beschäftigung in unserem Land.**

- Dabei geht es uns vor allem um arbeitslose junge Menschen und ältere Arbeitslose. Außerdem wollen wir neue Felder für reguläre Beschäftigung und mit auskömmlicher Bezahlung erschließen, wie z.B. hauswirtschaftliche Dienstleistungen im Privathaushalt oder Dienstleistungen im Bereich der häuslichen Pflege
- Für das Programm, das mehr als 6.000 Menschen in Beschäftigung bringen soll, stehen insgesamt 22 Millionen Euro bereit.
- Wir setzen weiterhin auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik, besonders für Jüngere und Ältere, um den Menschen die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und mit beruflicher Qualifikation und Weiterbildung neue Berufsperspektiven zu schaffen. Deshalb werden wir unsere bewährten arbeitsmarktpolitischen Programme fortführen.

## II. Wir schaffen ein leistungsfähiges Bildungssystem

Bildung hat in Rheinland-Pfalz höchste Priorität - das ist gut für die Menschen und für die Gesellschaft. Bildung ist das wichtigste Gut, das wir jungen Menschen mit auf den Weg geben können. Bildung sichert individuelle Entfaltung, gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Mitwirkung gleichermaßen. Bildung ist Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlichen Wohlstand und leistet einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Gestaltung der sich verändernden Altersstruktur.

Leistungsfähigkeit und Chancengleichheit sind für uns kein Gegensatz, ganz im Gegenteil. Wir wollen möglichst viele junge Menschen zu einem guten Schulabschluss führen und ihnen qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten und das unabhängig von sozialer Herkunft und Einkommen. Bildung und lebenslanges Lernen dienen über die Qualifikation für den Beruf hinaus der kulturellen Selbstvergewisserung, erhöhen die Chancen von Selbstverwirklichung, fördern Kritikfähigkeit, ermöglichen Orientierung und bewirken gesellschaftliche und politische Handlungsfähigkeit. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung. Individuelle Förderung, Offenheit und Durchlässigkeit, hohe Qualität und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Eltern sind unsere Grundlagen für ein erfolgreiches Bildungssystem!

Gleiche Bildungschancen sind ein zentraler Maßstab für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit in einer Gesellschaft.

### Unsere Bilanz:

Priorität für Bildung - das lässt sich messen: über 4.200 zusätzliche Lehrerstellen seit 1991, mehr als jeder vierte Euro wird in Rheinland-Pfalz in Bildung investiert. Der Anteil der Personalkosten für Schule an den Gesamtpersonalkosten des Landes stieg von 40 Prozent im Jahre 1996 auf 50 Prozent im Jahre 2006. Damit ist Bildung ein zentraler finanzpolitischer Schwerpunkt des Landes. Die Sicherung der Unterrichtsversorgung steht an erster Stelle. Die kontinuierliche Einstellung junger Lehrerinnen und Lehrer, die Verdopplung der Plätze zur Ausbildung des Lehrernachwuchses und eigenständige Budgets für die Schulen für Vertretungskräfte haben dazu beigetragen, die Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau zu sichern.

Vorrang für Bildung - das lässt sich sehen: Die Volle Halbtagschule an allen 1000 Grundschulen des Landes und mehr als 300 Ganztagschulen sind zum rheinland-pfälzischen Markenzeichen geworden. Bereits seit 1998/99 garantieren alle Grundschulen des Landes verlässliche Unterrichtszeiten für alle Kinder. Das hat die Förderung der Kinder verbessert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Mit dem im Jahr 2001 angekündigten Ganztagschulprogramm hat Rheinland-Pfalz eine bundesweite Vorreiterrolle übernommen. 300 neue Ganztagschulen haben wir versprochen - über 300 sind es bereits jetzt. Und der Ausbau geht weiter, weil Schülerinnen und Schüler sich dort wohlfühlen, Eltern die bessere Förderung ihrer Kinder schätzen und Lehrerinnen und Lehrer die neuen pädagogischen Möglichkeiten erkennen und engagiert nutzen.

Die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler und die Qualität des Bildungssystems stehen im Mittelpunkt all unserer Bemühungen. Deshalb haben alle Schulen Qualitätsprogramme erstellt, wurden eine Reform der Lehrerbildung auf den Weg gebracht und die Lehrerfortbildung ausgebaut. Und weil Bildung nicht erst in der Schule beginnt, wurde der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten mit verbindlichen Bildungs- und Erziehungsempfehlungen gestärkt.

Wir haben die berufliche Bildung kontinuierlich aufgewertet und verbessert. In Zusammenarbeit mit Unternehmen und den Kammern haben wir die Ausbildungsplatzkampagne unterstützt und vielen Jugendlichen geholfen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten und Ausbildung zu ermöglichen.

Wir haben unser Bildungssystem modernisiert und wir gehen weiter.



## **Unsere Vorhaben:**

1. **Bei uns werden die Kleinen ganz groß geschrieben.** Deshalb setzen wir mit dem Programm "Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an" einen Schwerpunkt bei der frühkindlichen Bildung. Wir sorgen für ein besseres Bildungs- und Betreuungsangebot und eine optimale Vorbereitung auf die Schule. Mit dem beitragsfreien Kindergartenjahr vor der Einschulung und dem flächendeckenden Sprachförderangebot übernehmen wir eine bundesweite Vorreiterrolle. Diese bauen wir in der nächsten Legislaturperiode aus, indem wir die weiteren Weichen für einen beitragsfreien Kindergartenbesuch stellen. Bis 2010 werden wir dieses Ziel umsetzen. Der nächste Schritt soll mit dem Doppelhaushalt 2007/2008 finanziert werden.
  
2. **Wir werden ein leistungsfähiges Schulsystem wohnortnah erhalten.**
  - Kurze Beine - kurze Wege, das gilt insbesondere für unsere Grundschulen. Das ist nicht nur gut für Kinder und Eltern, sondern auch für die Gemeinden, weil Kindergärten und Schulen wichtige gemeinschaftsstiftende Einrichtungen sind.
  - Wir haben das gegliederte Schulsystem erfolgreich um Regionale Schulen, Duale Oberschulen und Integrierte Gesamtschulen ergänzt, dort wo Eltern für ihre Kinder ein längeres gemeinsames Lernen wünschen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Der Elternwille ist für uns besonders wichtig.
  
3. **Wir werden den Ausbau der Ganztagschulen fortsetzen.**
  - 300 zusätzliche Ganztagschulen haben wir versprochen - über 350 werden es zum kommenden Schuljahr sein.
  - Bessere Bildungschancen und bessere Vereinbarkeit für Familie und Beruf – dazu sollen weitere Ganztagschulen beitragen.
  - Wir werden die Qualität der Ganztagschulen mit allen Beteiligten ständig weiterentwickeln.
  - Wir werden einen Sozialfonds für das Mittagessen an Ganztagschulen einrichten, damit alle Kinder am Mittagessen teilnehmen können.
  - Wir werden im Rahmen des Ausbaus der Ganztagschulen auch weitere Möglichkeiten eröffnen, das Abitur nach 12 Jahren abzulegen.
  
4. **Individuelle Förderung ist eine Aufgabe aller Schularten.**
  - Alle Kinder und Jugendlichen werden wir so unterstützen, dass sie gute Bildungschancen haben.
  - Wir bekennen uns ausdrücklich dazu, dass Kinder mit besonderen Problemen auch besondere Hilfe erfahren.
  - Deshalb werden wir Schulen mit schwierigem sozialen Umfeld und insbesondere Hauptschulen weiterhin gezielt fördern, die Schulsozialarbeit verstärken, unsere Anstrengungen zur sprachlichen Integration noch intensivieren und das Angebot an Schwerpunktschulen zum gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen ausbauen.
  - Die Unterstützung von Familien im Rahmen der Lernmittelfreiheit wird um 50 Prozent erhöht.

## **5. Individuelle Förderung heißt für uns aber auch gezielte Angebote für Kinder und Jugendliche zu machen, die besondere Talente oder Begabungen haben.**

- Das Musikgymnasium, die sportbetonten Schulen, die Begabungsförderung an Ganztagschulen und in den Gymnasien leisten hierzu einen wichtigen Beitrag ebenso wie die neuen Schulen für Hochbegabtenförderung/Internationale Schulen in Kaiserslautern, Mainz und Trier. Mit Koblenz wird zum nächsten Schuljahresbeginn ein vierter Standort hinzukommen.
- Die guten Erfahrungen mit ergänzenden Fördermaßnahmen an Grundschulen, z.B. durch Entdecker-Tage, sollen verbreitert werden.
- Die erfolgreiche Kinder-Uni sowie Ferien- und Schnupperkurse an Hochschulen sollen deshalb dauerhaft verankert werden.

## **6. Individuelle Förderung ist auch das Leitmotiv für ein leistungsfähiges berufsbildendes Schulsystem.**

- Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist für uns kein Schlagwort, sondern wird konsequent durch die eingeleitete Reform der Berufsbildenden Schulen umgesetzt.
- Die neu geschaffene Berufsoberschule eröffnet den Weg bis hin zur allgemeinen Hochschulreife.
- Wir bekennen uns zum bewährten System der Dualen Ausbildung. Die Berufsbildenden Schulen werden auch künftig ihren Beitrag dazu leisten, dass allen Jugendlichen eine berufliche Perspektive eröffnet wird – als Partner in der Dualen Berufsausbildung und -entsprechend dem Bedarf - in vollzeitschulischen Bildungsgängen.
- Das Duale System funktioniert nur, wenn ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Wir wollen daher den „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ weiterführen, damit junge Leute in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.
- Um dieses gute Angebot zu sichern, werden wir in Zukunft einen besonderen Schwerpunkt auf die Nachwuchsgewinnung für Lehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen legen.

## **7. In Rheinland-Pfalz genießt Bildungspolitik höchste Priorität - auch bei den Finanzen.**

- Auch zukünftig werden wir die Unterrichtsversorgung gut sichern und verlässlich gestalten. Schrittweise erhalten alle Schulen mehr Möglichkeiten, um auch bei unvorhersehbaren Ausfällen gute Ersatzangebote machen zu können (Projekt Erweiterte Selbstständigkeit).
- Durch zurückgehende Schülerzahlen freiwerdende Ressourcen wollen wir nutzen, um pädagogische Verbesserungen zu erreichen. Für uns sind Ausgaben für die Bildung echte Investitionen in die Zukunft. Daran wollen wir uns auch weiterhin messen lassen.
- Deshalb wird der Landeshaushalt zukünftig nicht nur durch einen Investitionsplan, sondern auch durch einen speziellen Plan für die Bildungsausgaben ergänzt.

## **8. Wir werden die Qualität unserer Schulen weiter stärken.**

- Schulen können sich dann besonders gut entfalten, wenn der international bewährte Dreiklang "Selbstständigkeit von Schule bei gleichzeitig verbindlichen Standards und regelmäßiger Überprüfung des Erreichten" beachtet wird.

- Deshalb werden wir die Handlungsmöglichkeiten der Schulen erweitern sowohl im Hinblick auf die Organisation, als auch im Hinblick auf einen modernen Unterricht und bei der Einstellung und Fortbildung der Lehrkräfte und Funktionsträger.
- Gleichzeitig unterstützen wir die Schulen bei der Umsetzung der bundesweit gültigen Bildungsstandards in Rheinland-Pfalz.
- Durch die Teilnahme an internationalen, länderübergreifenden und landesweiten Vergleichsuntersuchungen und Lernstandserhebungen vergewissern wir uns regelmäßig über den Stand, verbessern die Förderung der Schülerinnen und Schüler und sichern die Qualität unserer Abschlüsse.
- Die neue Agentur für Qualitätssicherung wird regelmäßig jeder Schule durch Expertinnen und Experten Rückmeldungen über Erreichtes und Hinweise für neue Ziele geben.

## **9. Gute Schule - das heißt vor allem guter Unterricht.**

- Im Mittelpunkt steht die Sicherung grundlegender Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen, die Kinder und Jugendliche befähigen, am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben.
- Guter Unterricht ist auch an den Interessen der Schülerinnen und Schülern orientiert; dabei spielt der projektorientierte und fächerübergreifende Ansatz eine wichtige Rolle ebenso wie der Einsatz neuer Medien.
- Alle Grundschülerinnen und -schüler lernen heute eine Fremdsprache.
- Wir werden die Berufsorientierung in den allgemein bildenden Schulen weiter verstärken, um jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu geben und den notwendigen Fachkräftenachwuchs zu fördern.
- In der Sekundarstufe I werden wir insbesondere die Bedeutung der Naturwissenschaften im Hinblick auf die rasanten wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen stärken.
- Sport, Musik und Kunst sind für uns kein Beiwerk, sondern elementarer Bestandteil einer ganzheitlichen Bildung. Die hervorragende Kooperation mit außerschulischen Partnern in Verbänden und Vereinen wird weiter ausgebaut.
- Religionsunterricht ist auch in Zukunft ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Schulen, die Wissen, Fähigkeiten, Werte und Orientierung vermitteln.

## **10. Gute Schule wird gestaltet von engagierten Lehrerinnen und Lehrern.**

- Die Lehrkräfte brauchen bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe mehr gesellschaftliche Anerkennung und Unterstützung.
- Eine gute Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus ist dabei eine wichtige Voraussetzung.
- Für ein kooperatives Miteinander (von Kindern, Jugendlichen, Eltern, Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern sowie Bürgerinnen und Bürgern) an Schulen und Kindertagesstätten bedarf es einer Qualifizierung aller Beteiligten. Dafür wollen wir uns stark machen.
- Wir wollen die Lehrerinnen und Lehrer möglichst optimal auf veränderte Herausforderungen vorbereiten. Deshalb reformieren wir die Lehrerbildung grundlegend. Das duale Studienkonzept wird Praxis und Theorie besser miteinander verbinden, die pädagogische Ausbildung verstärken und die Attraktivität des Lehramtsstudiums sichern.
- Durch ein gut ausgebautes Fort- und Weiterbildungsangebot wollen wir die im Dienst befindlichen Lehrkräfte zeitnah mit neuen Herausforderungen vertraut machen.

- Ein Schwerpunkt wird dabei auf den Schulleitungsmitgliedern liegen, die eine besonders herausgehobene Verantwortung bei der Bildungsreform wahrnehmen.
- Das muss sich auch in der Schulleitungsanrechnung niederschlagen.
- Unser Ziel ist und bleibt, mehr Frauen für diese Aufgaben zu gewinnen.

#### **11. Qualifizierte und motivierte Kräfte brauchen wir auch im vorschulischen Bereich.**

- Auch die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten werden verstärkt durch Fort- und Weiterbildung im Rahmen eines gemeinsam mit den Trägern der Kindertagesstätten entwickelten rheinland-pfälzischen "Erzieherinnen/Erzieher-Zertifikats" unterstützt.
- Der erfolgreiche Studiengang an der Fachhochschule Remagen, insbesondere für Leitungen von Kindertagesstätten, wird sein Angebot erweitern, um mehr Menschen diese Chance zur akademischen Weiterqualifikation zu eröffnen.
- Für Erzieherinnen und Erzieher, die sich für eine höhere Qualifizierung und die damit verbundene Leistungssteigerung entschieden haben, sollen finanzielle Anreize geschaffen werden.

#### **12. Wir werden die politische Bildung in den Schulen und in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung weiter stärken.**

- Der demokratische Rechtsstaat lebt vom mündigen Mitdenken und Mitun seiner Bürgerinnen und Bürger und ihrer Bereitschaft, sich selbst- und sozialverantwortlich ein Urteil zu bilden, und in der Verfassung normierte Regeln und Werte nicht nur zu respektieren, sondern sich für sie einzusetzen.
- Wir wollen, dass die politische Bildung Wissen und Orientierung über die Komplexität von Problemen und Lösungsansätzen vermittelt, Debatten anstößt und dadurch Kritikfähigkeit und Urteilskraft stärkt.
- Wir schaffen über die schulische und die außerschulische politische Bildung Voraussetzungen für die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, für eine aktive Bürgergesellschaft.
- Wir werden über die gesellschaftspolitische Bildung an unseren Schulen hinaus die politische Bildungsarbeit der Landeszentrale für politische Bildung und der Träger der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung weiter stärken.

#### **13. Die Weiterbildung wird schrittweise ausgebaut,** da sie ein zentraler Ansatzpunkt zur Bewältigung der Herausforderungen der Globalisierung und des demographischen Wandels in der Wissensgesellschaft ist.

- Die berufliche Weiterbildung ist elementarer Bestandteil der Unternehmensstrategie und muss bei Arbeitgeberinnen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefördert werden. Weiterbildung kann berufsspezifisch, aber auch individuell und an der Lebenssituation orientiert erfolgen.
- Schwerpunkte sind Angebote für bildungsferne Gruppen, Menschen mit Migrationshintergrund und mit Kindern sowie ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.
- Zur Qualitätssicherung soll - für den Bereich der beruflichen Fort- und Weiterbildung möglichst mit den Partnern aus der Wirtschaft – ein System der Akkreditierung von Einrichtungen und Zertifizierung der Veranstaltungen entwickelt werden.
- In Abhängigkeit von der Art der Weiterbildungsangebote wird bei entsprechendem gesamtgesellschaftlichem Interesse eine kostendeckende staatliche Finanzierung der

Veranstaltungen angestrebt. Die Realisierung über Weiterbildungskonten wird in diesem Zusammenhang geprüft.

- Durch die Weiterführung von Qualifizierungsangeboten wie dem Programm „Erfahrungswissen für Initiativen“ wollen wir das bürgerschaftliche Engagement unterstützen und fortentwickeln.

### III. Wir sorgen für Kinder und Familien

Die Familie ist der Ort, wo Menschen Geborgenheit finden, Vertrauen zueinander haben und ganz unmittelbar Verantwortung füreinander tragen. Was Familien tagtäglich leisten, wird in unserer von vielen Umbrüchen gekennzeichneten Gesellschaft immer wichtiger: Partnerschaft leben, Kinder zu selbstbewussten Persönlichkeiten erziehen, Beruf und Familie verbinden, Angehörige pflegen. Kinder- und Familienfreundlichkeit sind ein Markenzeichen rheinland-pfälzischer Politik. Wir möchten, dass sich mehr junge Menschen ihren Wunsch nach Familie erfüllen können. Wir sorgen dafür, dass die Bedürfnisse und Rechte von Kindern und Familien in allen gesellschaftlichen Bereichen zur Geltung kommen. Alleinerziehende erfüllen ihre Aufgaben unter erschwerten Bedingungen, dem tragen wir Rechnung.

Kinder und Jugendliche haben ihre eigenen Sichtweisen und Perspektiven. Die Welt mit Kinderaugen zu sehen, davon können Erwachsene nur lernen. Partizipation ist für uns kein Fremdwort, sondern die Verpflichtung, Kindern und Jugendlichen Beteiligungsrechte zu geben und Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen.

#### Unsere Bilanz:

Rheinland-Pfalz ist bereits ein kinder- und familienfreundliches Land. So konnte die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau von Ganztagschulen, die Volle Halbtagschule und qualifizierte Tagesbetreuungsangebote für Kinder entscheidend verbessert werden. Unser "Aktionsprogramm kinderfreundliches Rheinland-Pfalz" wirkt: 106 Kindergartenplätze auf 100 Kinder - das ist Spitze. Gewaltprävention, die Förderung von Kinderschutzdiensten, von kindgerechten öffentlichen Einrichtungen, die Erweiterung von Spiel- und Aufenthaltsräumen und Umwelterziehung bis zur kindgerechten Verkehrsplanung, Verkehrserziehung und Partizipationsprojekten gehören dazu. Dass die Kleinen im Land groß geschrieben werden, macht auch die Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung deutlich, die seit 2004 für alle Gesetze, Verordnungen und politischen Entscheidungen verbindlich ist.

Die Landesregierung hat im November 2004 die Initiative „Viva Familia“ gestartet. Wir wollen Familien vor allem dort helfen, wo sie leben und wohnen, wo Kinder aufwachsen, pflegebedürftige Angehörige betreut und Beruf und Familie miteinander vereinbart werden. „Viva Familia“ umfasst eine Vielzahl von Projekten: Familienkompetenzen stärken, Gesundheit für Kinder und Familien, Arbeit und Ausbildung für junge Menschen, Familienbewusste Arbeitswelt und Hilfen für Familien in Notlagen.

#### Unsere Vorhaben:

1. **Das neue Landesprogramm "Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an"** bietet fünf große Vorteile für Kinder und Eltern: Wir werden mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren schaffen. Für alle Zweijährigen, deren Eltern es wollen, soll mit Rechtsanspruch ein Kindergartenplatz zur Verfügung stehen. Schon in Kindergärten erfolgt - kindgerecht und altersgemäß - frühzeitig ein Bildungsangebot, insbesondere auch zur Sprachförderung. Wir machen das letzte Kindergartenjahr für alle beitragsfrei und sorgen für einen reibungslosen, zügigen Übergang in die Grundschule. Mit diesem Programm verbessern wir die Bildungschancen für Kinder und die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies ist auch eine Antwort auf den demographischen Wandel: Kinder werden besser gefördert, Familien unterstützt und Kindertagesstätten bleiben vor Ort erhalten. Wir werden das

Programm planmäßig und verlässlich umsetzen und mit dem Ziel der vollständigen Beitragsfreiheit für den Besuch des Kindergartens weiterentwickeln.

2. **Mehr Ganztagschulen.** Viele Mütter und Väter wollen partnerschaftlich zusammenleben und sich familiäre und berufliche Pflichten teilen. Alleinerziehende brauchen Unterstützung, um Beruf und Kindererziehung vereinbaren zu können. Auch deshalb werden die erfolgreich umgesetzten Reformen im Bildungsbereich, allen voran die Einrichtung von über 300 Ganztagschulen, fortgesetzt.
  
3. **Lokale Bündnisse für Familien.** Die Einrichtung einer "Servicestelle für lokale Bündnisse" unter dem Dach der Landeszentrale für Gesundheitsförderung hat zum Ziel, den lokalen Bezug aller familienpolitischen Aktivitäten der Landesregierung zu verstärken. Wir wollen Familien dort helfen, wo sie leben und wohnen, wo Kinder aufwachsen, pflegebedürftige Angehörige betreut und Beruf und Familie miteinander vereinbart werden. Dabei soll die Servicestelle örtlichen Initiativen helfen, kreative Ideen und Handlungsmöglichkeiten zu den verschiedensten Anliegen von Familien besser entwickeln und realisieren zu können. Ob Alt oder Jung, alle sind aufgerufen, ihren Beitrag zu einer familienfreundlichen Gemeinde zu leisten. Wir alle können dabei nur gewinnen!
  
4. **Arbeit und Ausbildung für junge Menschen.** Es ist das Ziel der Landesregierung, dass junge Menschen in Rheinland-Pfalz zuversichtlich in ihre berufliche und private Zukunft blicken können. Deshalb hat die Landesregierung vielfältige Initiativen und Projekte gestartet, die die Qualifizierungsmöglichkeiten und Beschäftigungschancen der Jugendlichen verbessern. Gebündelt werden die Programme und Projekte am "Ovalen Tisch für Ausbildung" sowie in der Kampagne "Jugend in Arbeit", mit der die Aktivitäten für Jugendliche noch einmal verstärkt werden. In den über 150 Projekten dieser Kampagne werden jährlich deutlich mehr als 10.000 Jugendliche erreicht. Aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds stehen dafür jährlich rund 10 Millionen Euro zur Verfügung. Mit unserer Arbeitsmarktinitiative "Neue Chancen: 6000 plus für Jung und Alt" wollen wir zusätzlich mindestens 3000 arbeitslose Jugendliche in Beschäftigung bringen. Wir unterstützen damit Eltern bei der Berufsorientierung und –wahl ihrer Kinder und helfen Familien, ihren Kindern eine berufliche Perspektive zu eröffnen.
  
5. **Familienfreundliche Arbeitswelt.** Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehören familienbewusste Arbeitsbedingungen. Im Rahmen der Initiative VIVA FAMILIA werden Unternehmen unterstützt, die ihre Personalpolitik, z.B. durch flexible Arbeitszeitmodelle, Telearbeit, Jobsharing oder Betriebskindergärten, familienfreundlicher gestalten und mit Hilfe des von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung initiierten Auditverfahrens „Beruf & Familie“ weiterentwickeln wollen. Generell werden die Hälfte der Kosten des Auditverfahrens, bei kleineren Betrieben mit weniger als 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sogar die vollen Kosten, übernommen.  
  
Die neu eingerichtete Informationsstelle "Innovative Arbeitszeitmodelle" soll vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei einer familien- und frauenfreundlichen Arbeitszeitgestaltung unterstützen, denn auch die Wirtschaft ist gefordert.
  
6. **Familienkompetenzen stärken** – und zwar von Anfang an, das ist ein wichtiger Schwerpunkt unserer Politik! So nutzen wir den intensiven Kontakt von Hebammen zu Familien, um schon sehr früh mit Familien in Verbindung zu treten und jungen Eltern praktische Informationen und Hilfestellungen anzubieten. Das ist auch Ziel unseres Elternkursprogramms zur Vermittlung elterlicher Basiskompetenzen.

- Im Rahmen unserer Initiative „Menschen pflegen“ ist uns die Unterstützung pflegender Angehöriger ein ganz besonderes Anliegen. Familien, die einen Angehörigen pflegen, bieten wir einen Informationskoffer an, der einen Familienpflegeratgeber mit Notfallkarte und eine CD-Rom für die häusliche Pflege von Menschen mit einer Demenzerkrankung enthält.
- Um Familien auch in schwierigen Situationen nicht allein zu lassen, sorgen wir dafür, dass die Beratungsangebote wie zum Beispiel Schwangeren- und Schwangerenkonfliktberatung, Erziehungsberatung, Ehe-, Familien- und Lebensberatung, Schuldnerberatung oder Suchtberatung stärker als bisher auf Familien zugehen.

**7. Die körperliche und seelische Gesundheit der Kinder** ist für Familien eine wesentliche Voraussetzung für ein zufriedenes, glückliches Leben. Wir lassen Familien mit dieser Sorge nicht allein und unterstützen sie durch vorbeugende Maßnahmen, Gesundheitsförderung und umfassende Informationen.

- Um insbesondere Familien in Stadtteilen mit schwierigem sozialem Umfeld zu erreichen, werden wir Gesundheitsteams bilden, die aus Hausärztinnen und -ärzten, Kinderärztinnen und -ärzten, Hebammen, Ernährungsberaterinnen und -beratern, bürgerschaftlich engagierten Institutionen sowie anderen Fachleuten bestehen. Diese Teams sollen Familien vor Ort dazu motivieren, gesundheitsfördernde Angebote sowie Vorsorge- und Früherkennungsuntersuchungen wahrzunehmen.
- Mit der ehrenamtlichen Internetbörse „Gesucht? Gefunden!“ bieten wir ihnen die Möglichkeit, per Internetklick eine Fachfrau oder einen Fachmann zu den unterschiedlichsten Gesundheitsthemen ausfindig zu machen und für Termine vor Ort zu buchen.
- Mit einem neuen Ansatz in der Suchtprävention: „Zu Gast bei Familie ...- *FamTische*“ möchten wir Eltern in zwanglosen Gesprächsrunden im privaten Umfeld Gelegenheit geben, unter Anleitung ehrenamtlicher Moderatorinnen und Moderatoren Themen der Suchtprävention zu diskutieren und individuelle Lösungsansätze zu entwickeln.

**8. Hilfen für Familien in Notlagen.** Trotz vielfältiger staatlicher Unterstützungs- und Ausgleichsleistungen befinden sich nicht wenige Familien in wirtschaftlichen Notlagen. Wir sehen uns hier in der besonderen Verantwortung, gezielt zu helfen. Die Landesstiftung „Familie in Not – Rheinland-Pfalz“ bietet Familien in außergewöhnlichen Notlagen schnelle und unbürokratische Hilfe. Mit unserer Familienferien-Sonderaktion ermöglichen wir jährlich rund 100 einkommensschwachen Familien, einen kostenlosen Urlaub in Familienferienstätten und familienfreundlichen Jugendherbergen zu verbringen.

**9. Für ein neues Elterngeld.** Wir sind dem Leitbild einer gleichberechtigten Rollenverteilung schon einen deutlichen Schritt näher gekommen, aber noch lange nicht am Ziel. Nach wie vor stellt sich ganz überwiegend für Frauen das Problem, Beruf und Familie vereinbaren zu können. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, das bisherige Erziehungsgeld in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion umzuwandeln. Dadurch bekommen Mütter und Väter bessere Möglichkeiten, Elternzeit in Anspruch zu nehmen.

**10. Mehr Mitsprache für Kinder und Jugendliche.** Kinder- und jugendfreundliches Rheinland-Pfalz heißt auch: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen so früh wie möglich. Net-part, die neue Kommunalverfassung, Jugendforen, Spielleitplanung und viele weiteren Initiativen unterstützen diesen Anspruch. Auch die neuen Bildungskonzepte für Kindertagesstätten und Schulen setzen verstärkt auf die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen. Ebenso wollen wir auch die Beteiligung während der beruflichen Ausbildung, sowohl in den Berufsbildenden Schulen als auch in den Ausbildungsbetrieben fördern und unterstützen. Die Enquete-



Kommission „Jugend und Politik“ hat Beispiele und Empfehlungen gesammelt, wie Kinder- und Jugendbeteiligung gelingt und zukünftig verstärkt werden kann. Die Erziehung zu Demokratie und Toleranz soll dabei einen besonders hohen Stellenwert haben. Hier sind die Jugendverbände unverzichtbare Partner.

11. **Wir intensivieren die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe.** Die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe hat in den letzten Jahren Früchte getragen. Darauf aufbauend wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen und die Kooperation zwischen Schulen und Jugendarbeit intensivieren. Die Jugendverbände brauchen auch zukünftig nachhaltige Unterstützung, um ihr wichtiges bürgerschaftliches Engagement fortsetzen zu können.
12. **Wir werden uns weiter für eine kinderfreundliche Umwelt einsetzen.** Wir fördern naturnahe Spiel- und Erlebnisräume und die Umweltbildung in schulischen und außerschulischen Angeboten.
13. **Ferienbetreuungsprogramm für Schülerinnen und Schüler.** Das gut angelaufene Ferienbetreuungsprogramm für Schülerinnen und Schüler soll fortgesetzt werden und die Jugendämter unterstützen, damit Kinder aktive Ferien erleben und Eltern Familie und Beruf vereinbaren können.

## IV. Wir schaffen Zukunft durch Wissen

Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind Investitionen in die Zukunft. Unser Wohlstand gründet auf dem Ideenreichtum unternehmender Unternehmer und qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb werden wir in den nächsten Jahren noch mehr in die Köpfe investieren.

Universitäten und Fachhochschulen sind keine Elfenbeintürme, sondern Werkstätten des Geistes, in denen die Grundlagen dafür gelegt werden, dass Rheinland-Pfalz seine herausragende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im nationalen und internationalen Standortwettbewerb erhalten und ausbauen kann. Die Kreativität unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist gefragt, wenn es darum geht, neue Produkte und Verfahren zu entwickeln und damit innovative Arbeitsplätze zu schaffen. Wissenschaft und Forschung brauchen Geld. Sie brauchen aber auch Freiheit und Wettbewerb unter Rahmenbedingungen, die geeignet sind, die Qualität zu steigern.

Wer begabt ist, muss studieren können – und zwar ungeachtet seiner sozialen Herkunft. Klugen Köpfen den immer wichtiger werdenden Zugang zu akademischer Bildung zu ermöglichen, ist deshalb das A und O einer fortschrittlichen Wissenschafts- und Forschungspolitik. Was zählt, ist Leistung. Die Leistung der Individuen, die in ihrer Gesamtheit die Qualität der Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausmachen. Sie gezielt zu fördern, ist eine der vornehmsten Aufgaben eines Gemeinwesens, das im globalen Wettbewerb nur bestehen kann, wenn es erkennt, dass seine Zukunft vor allem im Geist und weniger im Beton liegt.

### Unsere Bilanz:

In den vergangenen 15 Jahren hat die rheinland-pfälzische Landesregierung einen Entwicklungsschub initiiert, der seinesgleichen in Deutschland sucht. „Wissen schafft Zukunft“: Für uns ist dies politischer Alltag und Auftrag. Das Land hat die Ausgaben für seine Hochschulen von 1991 bis 2004 um 59,4 Prozent gesteigert – von rund 330 Millionen Euro in 1991 auf 525,5 Millionen Euro in 2004. Im selben Zeitraum sind die bereinigten Gesamtausgaben des Landes nur um 31,2 Prozent gewachsen.

Nach einer gezielten Ausbauphase haben die Universitäten und Fachhochschulen des Landes stetig an Ansehen und Anziehungskraft gewonnen. Studierten dort im Wintersemester 1992/1993 79.772 junge Frauen und Männer, stieg diese Zahl kontinuierlich auf 101.516 im Wintersemester 2005/2006 an. Dieser Zuwachs um 21 Prozent ist der größte unter allen alten Flächenländern – ein Beleg für die Attraktivität und das hohe Niveau unserer Hochschulen.

Nahmen bis zum Beginn der 90er Jahre rheinland-pfälzische Abiturientinnen und Abiturienten vorwiegend in anderen Ländern ein Studium auf, kommen seither mehr junge Menschen aus anderen Ländern nach Rheinland-Pfalz. Kein anderes Land hat eine solche Entwicklung in diesem Zeitraum zurückgelegt.

Eine Spitzenposition nimmt Rheinland-Pfalz auch in vielen anderen Bereichen ein, sei es in der Drittmittelförderung, beim Ausbau der Forschungsinfrastruktur oder bei der Berufung von Frauen in wissenschaftliche Führungspositionen. Dies alles wollen wir weiter ausbauen.

Das 2003 in Kraft getretene Hochschulgesetz ist eines der modernsten in Deutschland. Es dereguliert das Verhältnis zwischen dem Staat und den Hochschulen und überträgt ihnen ein großes Maß an Verantwortung und Entscheidungskompetenzen für ihre Angelegenheiten.

## **Unsere Vorhaben:**

### **1. „Wissen schafft Zukunft“ ist auch der Name eines bundesweit einzigartigen Programms.**

- Bis 2009 stellt die Landesregierung den Hochschulen insgesamt 125 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Dieses Programm werden wir fortsetzen.
- Die Mittel werden eingesetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten und Fachhochschulen zu stärken und ihr Profil zu schärfen.
- Mit den zusätzlichen Geldern bringen wir Breite und Spitze gleichermaßen voran.
- Diesen Weg, um den uns viele in Deutschland beneiden, wollen wir kontinuierlich fortsetzen.
- Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die Hochschulen aus dem Programm mehr Personal einstellen und ihre Sachausstattung an die aktuellen Anforderungen anpassen können.
- Zugleich werden wir seitens des Landes gezielte Anreize zur qualitativen und quantitativen Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems geben.
- Für ein mittelständisch geprägtes Land wie Rheinland-Pfalz sind die praxisorientiert ausgerichteten Fachhochschulen von großer Bedeutung. Durch Reformen, die ihre jeweiligen Stärken noch deutlicher herausstellen, werden wir ihre Attraktivität weiter stärken. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, durch Netzwerke von Fachhochschulen und Betrieben den Wissenstransfer weiter zu entwickeln und zu beschleunigen.

### **2. Kluge Köpfe schätzen Rheinland-Pfalz.**

- Das erreichen wir durch die Einrichtung von Graduierten- und Exzellenzschulen und Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrangebote. Die Etablierung der international gängigen Studienabschlüsse ist eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür.
- Das erreichen wir auch durch die gezielte Förderung der Forschung – unter anderem durch Exzellenzzentren – sowohl unabhängig von den wissenschaftlichen Fragestellungen als auch gezielt in für Rheinland-Pfalz besonders wichtigen Forschungsgebieten wie zum Beispiel Medien- und Bildungswissenschaften, Informations- und Kommunikationstechnologien, Energietechnik, Materialwissenschaften sowie Bio- und Gentechnologie. Dem letzteren Bereich wollen wir insbesondere wegen seiner Bedeutung für die Medizin besondere Beachtung schenken.

### **3. Dem Bedarf der Wirtschaft an vielseitig ausgebildeten Fachkräften entsprechen wir auch**

- mit dem energischen Ausbau des Angebots an Dualen Studiengängen, bei dem junge Menschen sowohl einen Berufs- als auch einen Studienabschluss erwerben.
- Unser Ziel ist es, dass der Umstellungsprozess auf die neuen Abschlüsse Bachelor und Master bereits vor dem europaweit vereinbarten Termin im Jahr 2010 abgeschlossen ist.

### **4. Konsequenter werden wir Freiheit und Eigenverantwortung der Hochschulen weiter stärken.**

Dazu gehört vor allem eine weitgehende Finanzautonomie.

- Sie wollen wir dadurch erreichen, dass der an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz bereits erfolgreich etablierte Globalhaushalt mit kaufmännischer Buchführung an allen Universitäten und Fachhochschulen des Landes eingeführt wird.
- Übertragen wollen wir den Hochschulen auch die Zuständigkeit für die Verwaltung ihrer Gebäude.

## 5. Wir sagen Nein zu Studiengebühren.

- Wir halten es für unerlässlich, den Anteil der Studierenden weiter zu erhöhen. Studiengebühren stehen dieser Zielsetzung diametral entgegen. Auf der Grundlage von Studienkonten ermöglichen wir weiterhin ein gebührenfreies Erststudium – und geben gleichzeitig Anreize für wissenschaftliche Weiterbildung.
- Dabei wollen wir schnellstmöglich sicherstellen, dass nur die tatsächlich in Anspruch genommenen Leistungen abgebucht werden.
- Studienkonten belohnen Studierende für ein zügiges Studium, indem Restguthaben für kostenfreie Weiterbildungs- und Zweitstudien genutzt werden können.
- Eine Reihe von Ländern erschweren den Hochschulzugang nicht nur mit Gebühren sondern auch mit dem Abbau von Studienplatzkapazitäten. Dies zeigt, wie notwendig der von der rheinland-pfälzischen Landesregierung geforderte bundesweite Vorteilsausgleich wird. Er trägt den unterschiedlichen Beiträgen der einzelnen Länder an der gesamtstaatlichen (Aus-)Bildungsverpflichtung Rechnung.

## 6. Wir streben landes- und bundesweit den längst fälligen Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung an.

- Wir wollen, dass der Staat den Hochschulen die notwendigen Kosten für einen Studienplatz vergütet.
- Indem wir dies in jedem Fall in Rheinland-Pfalz umsetzen, geben wir den Hochschulen kalkulierbare Anreize für die Bereitstellung attraktiver Studienplätze, weil sie Einnahmen in der Größenordnung der angemessenen Kosten erhalten.
- Zudem wollen wir bundesweit das in anderen Bereichen längst erfolgreich praktizierte Verursacherprinzip in die Hochschulfinanzierung einführen. Dies bedeutet: Nicht das Land, das Studienplätze zur Verfügung stellt, soll bezahlen, sondern jenes, aus dem die Studierenden kommen. Auf diese Weise schaffen wir endlich produktive Wettbewerbsstrukturen. Von denen profitieren am allermeisten die Studierenden.

## 7. Wir werden versuchen, privates Kapital in höherem Maße als bislang zu akquirieren, weil im globalen Wettbewerb auch über ein solches Finanzsystem hinaus der Bedarf der Universitäten an Geld steigen wird.

- Dabei denken wir an eine intensivere Mobilisierung früherer Hochschulabsolventen ebenso wie an Kooperationen von öffentlicher Hand und privaten Investoren.
- Bemühen werden wir uns auch um den Aufbau eines Stipendiensystems mit Zustiftungen.

## 8. Rheinland-Pfalz ist bei der Berufung von Frauen in wissenschaftlichen Führungspositionen bundesweit spitze. Der Anteil der Frauen an den tatsächlichen Berufungen lag in den Jahren 1999 bis 2003 bei 20 Prozent. In keinem anderen Land gab es eine so positive Berufungspraxis. Auf diesen guten Ergebnissen werden wir uns nicht ausruhen. Wir werden die Chancen für Frauen weiter an den Hochschulen weiter ausbauen. Das bedeutet zum Beispiel:

- Eine entscheidende Verbesserung der vorschulischen Kinderbetreuung werden wir kurzfristig realisieren.
- Besondere Stipendien für Wissenschaftlerinnen werden jungen Frauen zusätzliche Möglichkeiten eröffnen.
- Mit den Hochschulen werden wir weiter dafür sorgen, dass Frauen eine faire Chance bei Berufungen in Rheinland-Pfalz haben.

## V. Wir organisieren eine soziale und solidarische Gesellschaft

Das Entstehen der Generationen füreinander, der Gesunden für die Kranken, der Reichen für die Armen, die gleichberechtigte Teilhabe unabhängig von Herkunft, Status, Gesundheit, Alter und Geschlecht sind für uns selbstverständliche Grundlagen unseres Zusammenlebens. Solidarität hat uns stark gemacht, dafür haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz uns eingesetzt, dafür stehen wir auch in Zukunft.

Deshalb gestalten wir den demographischen Wandel und fördern das solidarische Zusammenleben der Generationen. Deshalb sind ältere Menschen mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen bei uns gefragt, auch auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb setzen wir uns für ein solidarisches Gesundheitssystem ein, das allen Menschen unabhängig vom Einkommen die notwendigen medizinischen Leistungen garantiert. Deshalb sichern wir eine qualitativ hochwertige und menschliche Pflege in Rheinland-Pfalz. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Gesundheit und ihrem Alter selbst bestimmt leben und arbeiten können. Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen in sozialen und ökonomisch schwierigen Situationen ist uns besonders wichtig. Zusammen mit den behinderten Menschen schaffen wir ein barrierefreies Rheinland-Pfalz.

### Unsere Bilanz:

Unsere soziale Politik hat dazu beigetragen, dass der Anteil der Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, im Bundesvergleich niedrig ist.

Bereits seit 1991 setzt sich die sozialdemokratische Landes- und Kommunalpolitik für ein solidarisches Zusammenleben der Generationen in Rheinland-Pfalz ein. Wir unterstützen das aktive bürgerschaftliche Engagement von Seniorinnen und Senioren, Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote für ältere Menschen und neue Generationen-Initiativen.

Die Landesregierung und die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben im November 2005 die Charta „Soziales Rheinland-Pfalz! – Eine gemeinsame Initiative der Landesregierung und der Wohlfahrtsverbände in Rheinland-Pfalz“ unterzeichnet. In der Charta bekennt sich die Landesregierung zur Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens zu mehr gegenseitiger Solidarität, Gerechtigkeit und bürgerschaftlichem Engagement.

In der Gesundheitspolitik stehen für uns die Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt. Mit einem Investitionsvolumen von rund 740 Millionen Euro seit 2001 haben wir dafür gesorgt, dass die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser flächendeckend über einen hohen medizinischen Standard verfügen. Mit der Entwicklung von fünf qualitätsgesicherten Brustzentren hat die Landesregierung vorbildliche Strukturen zur Behandlung von Brustkrebs geschaffen. Das gleiche gilt für das zwischenzeitlich flächendeckende Netz von Schlaganfalleinheiten in rheinland-pfälzischen Krankenhäusern. Prävention und Gesundheitsförderung haben wir landesweit mit einer Vielzahl von gesundheitsfördernden Projekten und Kampagnen gefördert. In den vergangenen fünf Jahren haben wir rund 800 Selbsthilfegruppen gefördert.

Seit 1995 ist die Anzahl der ambulanten Pflegedienste von 189 auf über 400 gestiegen, die der bundesweit einmaligen Beratungs- und Koordinierungsstellen von Null auf 135. In der teilstationären und stationären Pflege garantieren über 410 Heime mit insgesamt 34.000 Plätzen eine umfassende Versorgung. Mit der vor zwei Jahren gestarteten Initiative „Menschen pflegen“ sind wir gemeinsam mit unseren Partnern bei der Sicherung der Qualität der Pflege, der Weiterentwicklung ambulanter Strukturen, der Unterstützung pflegender Angehöriger und bei der Entbürokratisierung große Schritte vorangekommen.

In Rheinland-Pfalz leben 451.000 Menschen mit Behinderungen, deren Gleichstellung und umfassende Teilhabe wir uns zum Ziel gesetzt haben. Deshalb haben wir als erstes Bundesland ein Landesgleichstellungsgesetz verabschiedet. Mit zahlreichen Maßnahmen und Initiativen hat die Landesregierung die Umsetzung des Gesetzes vor allem in der zentralen Frage der Barrierefreiheit vorangetrieben. Rheinland-Pfalz ist eines von zwei Bundesländern, denen es gelungen ist, die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen um 25 Prozent zu senken. Zu diesem Erfolg hat unsere aktive Arbeitsmarktpolitik mit den Sonderprogrammen für schwerbehinderte Menschen beigetragen.

## **Unsere Vorhaben:**

### **1. Wir wollen den veränderten Aufbau der Gesellschaft nutzen, um neue Formen des solidarischen Zusammenlebens und des ehrenamtlichen Engagements zu fördern.**

- Bürgerschaftliches Engagement übernimmt in Zukunft in der Begleitung sozialer Angebote und Leistungen zusätzliche Aufgaben. Mehr Menschen sollen in sozialen Einrichtungen und bei sozialen Aufgaben mitwirken können. Sie sind dabei auf die Begleitung und Beratung durch Fachkräfte angewiesen. Die Zusammenarbeit von Fachkräften und Freiwilligen gibt der Pflege, der Betreuung und dem Zusammenleben eine neue Qualität und mehr Solidarität.
- Um das bürgerschaftliche Engagement zu fördern, entwickeln wir Modelle zur Honorierung für Freiwilligentätigkeiten, wie z.B. Ehrenamtspässe und Lebensarbeitszeitkonten. Wir unterstützen Kommunen bei der Einrichtung von Kontaktstellen für bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfen. So können z.B. Einkäufe für Ältere erledigt werden, während diese zeitweise Kinder betreuen.
- Noch gibt es in Rheinland-Pfalz zu wenig generationenübergreifende Wohnprojekte oder Wohngemeinschaften für ältere Menschen. Wir werden Anstöße zur Entwicklung solcher Projekte geben, damit sie in den nächsten zehn Jahren flächendeckend vorhanden sind. Mit dem Generationenpreis von Ministerpräsident Kurt Beck honorieren wir vorbildliche Projekte für ein Zusammenleben von Alt und Jung.
- Barrierefreiheit muss Standard werden – nicht nur für ältere oder von Menschen mit Behinderungen, sondern auch für Familien mit kleinen Kindern. Die von uns finanziell geförderte Beratungsstelle „Barrierefrei Bauen und Wohnen“ wird ihre Aufklärung verstärken und mit Partnern zusammen arbeiten, so dass wir entsprechende Beratungsstrukturen in jeder Kommune haben.
- Mit gezielten Kampagnen und der Unterstützung einer engagierten Öffentlichkeitsarbeit durch Seniorinnen und Senioren werden wir zu einer weiteren Korrektur des Altersbildes in der Gesellschaft beitragen. Wir wissen, es gibt unterschiedliche Lebenssituationen mit differenzierten Bedürfnissen. Dies soll auch Wirkungen in der Wirtschaft zeigen, damit ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmend die Chance erhalten, ihr Wissen und Können länger als bisher einzubringen.

### **2. Auch bei zukünftigen Reformen im Gesundheitssektor werden wir darauf achten, dass die soziale Gerechtigkeit nicht unter die Räder kommt.**

- Wir wollen, dass die Gesundheit bezahlbar bleibt und die Menschen nicht überfordert werden. Aus diesem Grund treten wir für die bundesweite Einführung der solidarischen Bürgerversicherung ein.
- In unserem Land werden wir gemeinsam mit unseren Partnern – den Ärztinnen und Ärzten und den Krankenkassen - die medizinische Versorgung auch in dünner besiedelten Regionen sichern. Dazu werden wir auch die neuen Versorgungsformen wie die integrierte Versorgung oder medizinische Versorgungszentren nutzen.

- Dazu gehören der weitere Ausbau der Krebsvorsorge für Frauen und Männer, der flächendeckende Ausbau von Schlaganfalleinheiten für die Akutversorgung, die Entwicklung von Schwerpunkteinrichtungen zur Behandlung von Diabetes und die Weiterentwicklung der erfolgreichen Psychiatriereform.
- Weiterhin setzen wir uns für ein Präventionsgesetz ein, damit Gesundheitsförderung und Prävention ein stärkeres Gewicht erhalten.
- Die Bürokratie im Gesundheitswesen wollen wir abbauen, damit die Ärztinnen und Ärzte mehr Zeit für ihre Patienten haben.
- Rheinland-Pfalz soll Spitze sein, wenn es darum geht, Innovationen im Gesundheitswesen, wie beispielsweise die elektronische Gesundheitskarte oder die Telemedizin, einzuführen.
- Die staatliche Verantwortung für das Universitätsklinikum Mainz und eine möglichst starke finanzielle Förderung ist für uns nicht nur aus medizinischen und wissenschaftspolitischen Aspekten ein wichtiger Punkt, sondern auch weil so eine medizinische Spitzenversorgung für jeden gewährleistet werden kann. Deshalb werden wir uns bemühen, dass auch das poliklinische Angebot stärker genutzt werden kann.

### **3. Unser Ziel ist, dass Menschen zu Hause gepflegt werden können, wenn sie dies möchten.**

- Wir schaffen deshalb Netzwerke, damit die an der Pflege Beteiligten zusammen arbeiten und ihre Arbeit koordinieren. Die Pflege der Zukunft wird ein Mix von professioneller Pflege, der Betreuung durch Angehörige und der Mithilfe bürgerschaftlich Engagierter sein. Wir fördern dies durch die gezielte Unterstützung von pflegenden Angehörigen und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.
- Ein besonderes Augenmerk gilt den an Demenz Erkrankten und deren Angehörigen. Wir unterstützen pflegende Angehörige durch Beratungs- und niedrigschwellige Betreuungsangebote sowie konkrete Hilfen bei der Bewältigung des oftmals schwierigen Alltags.
- Wir wollen sicherstellen, dass die Strukturen durchlässig werden. Nicht ambulant oder stationär ist die Alternative, sondern ambulant – teilstationär – stationär als Versorgungskette, je nach Bedarfslage der Betroffenen.
- Auch stationäre Pflegeeinrichtungen haben eine Zukunft – für diejenigen, deren Pflege zu Hause nicht mehr sicher gestellt werden kann. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Pflege in den Einrichtungen noch stärker an den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner orientiert.
- Gute Pflege braucht qualifizierte Pflegekräfte. Wir werden die Ausbildung weiter optimieren.
- Wir bekämpfen illegale Beschäftigung in der Pflege und machen sie durch vielfältige neue Betreuungsangebote überflüssig. Damit garantieren wir die Pflegequalität und sichern Arbeitsplätze.
- Unnötige Bürokratie hindert die Pflege am Menschen. Wir setzen uns für eine zeitnahe Bearbeitung von Anträgen auf Pflegeleistung ein. Wir setzen uns ein für eine Novellierung des Heimrechts. Wir werden gemeinsam mit unseren Partnern da entbürokratisieren, wo dies sinnvoll ist.

#### **4. Vermeidung von Diskriminierung, gleichberechtigte Teilhabe und selbstbestimmte Lebensführung bleiben die Ziele unserer Politik für Menschen mit Behinderungen.**

- Wir wollen eine größtmögliche Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung in den grundlegenden Lebensbereichen Arbeit, Wohnen, Mobilität und Freizeit für Menschen mit Behinderungen mitten in unserer Gesellschaft verwirklichen.
- Unser grundlegendes Ziel ist, Unterstützung für Menschen mit Behinderungen dort zu erbringen, wo sie sind und nicht die Menschen dorthin zu bringen, wo es Institutionen mit Angeboten gibt.
- Je früher eine Behinderung erkannt und behandelt wird, desto größer sind die Chancen der Rehabilitation. Wir werden deshalb an der engen Verzahnung von Sozialpädiatrischen Zentren und Frühförderstellen festhalten und sie weiter entwickeln. Im Bundesvergleich ist dies einmalig.
- Die beste Voraussetzung für ein selbstverständliches Miteinander von Kindern mit und ohne Behinderung ist eine frühest mögliche gemeinsame Erziehung in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen. Deshalb setzen wir uns für den weiteren Ausbau ein.
- Die erfolgreichen persönlichen Budgets sowie das Arbeitgebermodell selbst organisierter persönlicher Assistenz – auch hier liegt Rheinland-Pfalz bundesweit vorne – entwickeln wir weiter.
- Um mehr Menschen mit Behinderungen eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt zu geben, schreiben wir unsere speziellen Arbeitsmarktprogramme fort und bringen die Gründung von Integrationsbetrieben voran. Bis 2010 wollen wir bis zu 2.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Integrationsbetrieben schaffen.
- Wir unterstützen die Werkstätten für behinderte Menschen in ihrer Weiterentwicklung, um ein stärkeres Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen zu ermöglichen und um ihnen hochwertige Aufträge zu sichern.
- Wir werden die Barrierefreiheit ausbauen, z.B. durch den Aufbau eines Kompetenzzentrums zum Thema Barrierefreiheit im Internet, die Verabschiedung von Programmen zur Barrierefreiheit im Schienen-Personen-Nahverkehr, die Übertragung der Ergebnisse des Modellprojekts „Barrierefreie Verwaltung“ des Amtes für soziale Angelegenheiten Koblenz auf weitere Bereiche der Verwaltung sowie den Abschluss weiterer Zielvereinbarungen zwischen Wirtschaftsunternehmen und Verbänden behinderter Menschen zur Herstellung der Barrierefreiheit.

#### **5. Die SPD hat in den letzten Jahren große Fortschritte im gesellschaftlichen Zusammenleben erreicht.** Die Diskriminierung von Schwulen und Lesben ist in weiten Teilen abgebaut. Wir werden den Weg weitergehen und gegen Diskriminierung engagierte Gruppen stützen.

#### **6. Ziel unserer Sozialpolitik ist es auch in Zukunft, Armut zu vermeiden und Menschen, die in Not geraten sind, wirksam zu unterstützen.**

- Wir werden die Armuts- und Reichtumsberichterstattung gemeinsam mit unseren Partnern LIGA und DGB fortführen, weil sie die Basis für eine zielgerichtete Armutsvermeidung ist.
- Arbeit ist die Grundlage für ein wirtschaftlich und sozial selbstständiges Leben. Deshalb werden wir unsere aktive Arbeitsmarktpolitik fortsetzen und dabei vor allem die Menschen mit besonderen Problemen darin unterstützen, Arbeit zu finden.



- Alleinerziehende haben es besonders schwer, ihre Existenz durch Erwerbsarbeit zu sichern. Deshalb bleibt die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf Schwerpunkt unserer Politik.
- Auf den Anfang kommt es an – auch bei der Gesundheit. Deshalb werden Gesundheitsteams insbesondere bildungsferne Familien in gesundheitlicher Prävention und Vorsorge unterstützen.

## **VI. Wir gewährleisten Sicherheit und Recht**

Für die rheinland-pfälzische SPD hat das Recht der Bürgerinnen und Bürger, frei von Angst vor Verbrechen und Gewalt zu leben, elementaren Rang. Rechtssicherheit sowie eine Freiheit und Würde der Menschen schützende leistungsstarke Rechtspflege sind im Rechtsstaat unverzichtbar. Richtige und rasche Rechtsdurchsetzung dient den Bürgern. Sie ist auch wichtig für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort.

### **Unsere Bilanz:**

Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat viel erreicht. In Rheinland-Pfalz kann man sicher leben. Das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, liegt in Rheinland-Pfalz deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Auch die sehr hohe Aufklärungsquote ist Beleg der guten Arbeit unserer Polizei. Sie hat den höchsten Wert erreicht, der je in Rheinland-Pfalz verzeichnet werden konnte. Im Juni 1991 gab es 8.480 ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte. Heute sind es 9.000. Im Jahr 2006 werden es gar 9.150 sein.

Wir haben die technische und räumliche Ausstattung der Polizei deutlich verbessert. Mittlerweile gehört Rheinland-Pfalz zu den Ländern mit der am besten ausgestatteten Polizei. Dies gilt insbesondere für die Ausstattung mit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie. Insgesamt wurden seit Beginn der laufenden Legislaturperiode für die Beschaffung und Unterhaltung der technischen Ausstattung sowie der EDV rund 170 Millionen Euro aufgebracht; es wurden Bauvorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 33 Millionen Euro abgeschlossen.

Die Justiz des Landes ist moderner und effizienter geworden. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Justiz wurde durch den Richterwahlausschuss gestärkt. Dank verbesserter Ausstattung und einer besseren Organisation haben wir die Dauer der Gerichtsverfahren verkürzt.

Der Schutz für die Opfer von Straftaten ist insbesondere durch die Gründung der Stiftung Rheinland-Pfalz für Operschutz gestärkt worden. Der flächendeckend eingeführte Täter-Opfer-Ausgleich hat sich gut bewährt. Mit Neu- und Ausbauten zahlreicher Vollzugseinrichtungen im Land konnte eine beträchtliche Anzahl neuer Haftplätze geschaffen werden. Denn das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung erfordert einen funktionierenden und effizienten Strafvollzug. Er ist Kernaufgabe staatlicher Justiz.

### **Unsere Vorhaben:**

#### **1. Wir werden die hohe Leistungsfähigkeit unserer Polizei erhalten.**

- Wir werden den hohen Personalstand der Polizei langfristig sichern.
- Wir legen Wert darauf, dass unsere Polizistinnen und Polizisten mit einem Fachhochschulstudium bestens ausgebildet sind.
- Die vollständige Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bleibt das Ziel.
- Die Bekämpfung der Kriminalität ist Polizeiaufgabe.

#### **2. Wir werden die Kriminalprävention auf allen Ebenen weiter ausbauen.**

- Alle an der Kriminalitätsbekämpfung Beteiligten werden weiter vernetzt. Das „Haus des Jugendrechts“ in Ludwigshafen ist dafür beispielhaft und soll auch in anderen Städten entstehen.

- Die viel beachtete Kampagne für mehr Zivilcourage „Wer nichts tut, macht mit“ wird fortgeführt. Und die kriminalpräventiven Räte in den Kommunen weiter verstärkt.
- Die Maßnahmen zur Kriminalitätsprävention im Bereich von Kinder- und Jugendlichen-Gewalt werden wir verstärken und innovative Konzepte der Drogenpolitik unterstützen, die den Teufelskreis von Sucht und Kriminalität aufbrechen.

**3. Gewalt gegen Frauen und Kinder werden wir noch wirksamer bekämpfen.** Das erfolgreiche rheinland-pfälzische Interventionskonzept gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) wird ausgebaut, um die enge Vernetzung aller Beteiligten und Hilfsangebote zu stärken. Wir unterstützen die Anstrengungen der Landesregierung auch bei der Fußball-Weltmeisterschaft gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel vorzugehen.

**4. Wir werden weiterhin entschieden gegen Extremisten vorgehen.**

- Wir treten entschlossen allen radikalen und extremistischen Diffamierungen und Gewalttaten entgegen. Wir werden uns auch weiterhin nicht durch verblendete und radikale Gruppen in unserem Bemühen um ein friedliches Miteinander beeinträchtigen lassen. Gewalttäter und extremistische Organisationen müssen konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.
- Der Verfassungsschutz ist und bleibt für uns ein wichtiges Instrument im Kampf gegen politisch und religiös motivierten Extremismus und gemeinsam mit der Polizei gegen den internationalen Terrorismus.
- Besondere Aufmerksamkeit werden wir den Bemühungen von Rechtsextremisten widmen, Jugendliche in ihr Fahrwasser zu ziehen. Wir werden weiter daran arbeiten, ihren gesellschaftlichen Nährboden trocken zu legen. Eine erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, viele Projekte und Maßnahmen der Sozial- und Jugendpolitik, gezielte Aufklärung und politische Bildung helfen dabei. Wir unterstützen das Netzwerk „Für Demokratie und Courage“ bei seiner engagierten Arbeit.

**5. Wir werden Ausstattung und Handlungsfähigkeit unserer Justiz im Interesse der Bürger weiter verbessern.**

- Die Bürgerinnen und Bürger erwarten mit Recht Schutz und Sicherheit vor neuen Formen der Kriminalität, gegen das organisierte Verbrechen und den Terrorismus, gegen Gewalt und Extremismus. Deshalb müssen auch die rheinland-pfälzischen Gerichte und Staatsanwaltschaften ihren guten Standard halten können. Eine weiterhin gute Personalausstattung ist dafür unerlässlich. Das gilt auch für einen bürgernahen und schnellen Rechtsschutz vor den Zivil-, Verwaltungs-, Sozial-, Arbeits- und dem Finanzgericht.
- Wir begrüßen die Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung für die kleine Gruppe hochgefährlicher Straftäter und werden die konsequente Umsetzung dieses Mittels auch in Rheinland-Pfalz vorantreiben.
- Der weitere Ausbau der justiziellen Zusammenarbeit in der Europäischen Union und die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Rechtsraums sind für ein Land in der Mitte Europas von hohem Interesse.

**6. Wir werden Effizienz und Transparenz unserer Justiz weiter steigern.**

- Für uns gilt der Grundsatz „Gutes Recht ist schnelles Recht“. Die Möglichkeit des beschleunigten Verfahrens im Erwachsenenbereich, aber auch die Mittel der Verfahrensbeschleunigung im Jugendstrafrecht müssen konsequent genutzt werden.

- Die Ausstattung mit moderner Informationstechnologie auch der Amtsgerichte, der Landgerichte, Oberlandesgerichte und Staatsanwaltschaften werden wir mit Vorrang vorantreiben. Sie verbessert auch die Wirksamkeit der Strafverfolgung.
  - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe werden wir bei ihrer Arbeit, insbesondere bei der Eingliederung Straffälliger unterstützen. Denn straffällig gewordene Menschen müssen eine Chance zu einem sozialverantwortlichen Leben bekommen. Allerdings muss auch das Instrument der Führungsaufsicht verstärkt werden.
  - Dem Schutz der Opfer von Straftaten werden wir eine noch größere Bedeutung beimessen. Den sinnvollen Weg, die materiellen Folgen durch die Gründung der Stiftung Rheinland-Pfalz für Opferschutz zumindest im Ansatz auszugleichen, werden wir fortsetzen.
  - Wir werden eine Reform der Gerichtsorganisation und der gerichtlichen Verfahren nur dann unterstützen, wenn mit ihr nach einer entsprechenden Gesetzesfolgenabschätzung mehr Effektivität und Bürgernähe erwartet werden können.
  - Die Mediation, d.h. die Konfliktschlichtung durch Verhandeln unter Einbeziehung eines neutralen Dritten, wird als eine Möglichkeit der Streitbeilegung weiterentwickelt.
- 7. Für einen angemessenen Schutz der Daten.** Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung hat für uns einen hohen Stellenwert. Im privaten wie im öffentlichen Bereich haben die Bürgerinnen und Bürger den Anspruch auf einen angemessenen Schutz ihrer Daten. Wir werden dafür den Landesbeauftragten für den Datenschutz stärken und diese Aufgaben bei ihm bündeln.

## **VII. Wir schützen die Lebensgrundlagen und geben Impulse für Innovation und Entwicklung**

Unsere Umweltpolitik ist Teil einer nachhaltigen Entwicklung für unser Land. Wir geben Impulse für Lebensqualität, Innovation und Entwicklung und wir tragen Verantwortung für künftige Generationen durch den Schutz der Lebensgrundlagen und der endlichen Ressourcen. Wir stellen uns der Herausforderung, ökologische Aspekte mit sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Entwicklung zusammen zu bringen. Mit unserer Umweltpolitik steigern und sichern wir Lebensqualität und fördern Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Umwelt- und Effizienztechnologien Made in Rheinland-Pfalz sind auf den Weltmärkten gefragt. Innovative und erfolgreiche Politik für die Umwelt ist für uns ein positiver Standortfaktor. Wir wollen auch in Zukunft mit den effizientesten und schnellsten Genehmigungsverfahren werben. Unsere Umweltpolitik ist kooperativ und beteiligt die Menschen.

Für uns gehören Klimaschutz und Ressourcenverantwortung zu den wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhundert. Mit unserem Konzept stärken wir die Wirtschaft im Land und in den Regionen. Es ist eine Alternative zu steigenden Energiepreisen mit den negativen Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. Wir ersetzen Rohstoffverbrauch durch effiziente und neue Technologien. Einen besonderen Stellenwert hat neben der baulichen die energetische Sanierung des Gebäudebestandes in Rheinland-Pfalz. In diesem Sektor bestehen große Einsparpotentiale, die wir erschließen wollen. Damit wollen wir einen wichtigen Beitrag leisten, um die steigenden Gas-, Öl- oder Stromrechnungen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu begrenzen. Der Entwicklung der Mietnebenkosten gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Denn es sind gerade Menschen mit geringem Einkommen, die von den Preissteigerungen auf den Energiemärkten besonders hart getroffen werden. Gleichzeitig entstehen durch die Gebäudesanierung wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung.

Unsere Politik für Verbraucherinnen und Verbraucher setzt auf vorbeugenden Verbraucherschutz, Produzentenverantwortung und staatliche Kontrolle. Wir setzen auf Verbraucherkompetenz durch Information, Kennzeichnung und Beratung sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Verbraucherinteressen durch unabhängige Verbraucherberatung.

### **Unsere Bilanz:**

Unsere klimaverträgliche, nachhaltige Energiepolitik zeigt Erfolge: Der Primärenergieverbrauch und die Kohlenstoffdioxid-Emissionen konnten deutlich reduziert werden. Mittlerweile beträgt der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion in Rheinland-Pfalz 30 Prozent.

Im Rahmen unseres integrierten Hochwasserschutzkonzeptes wurden in den letzten 10 Jahren 410 Millionen Euro in Deiche, Rückhalteräume und örtliche Hochwasserschutzmaßnahmen investiert. Im Rahmen der „Aktion Blau“ sind in den vergangenen 10 Jahren 70 Millionen Euro investiert worden. Über 800 Bachpaten kümmern sich ehrenamtlich auf über 2600 km um unsere Bäche und Flüsse.

Wir haben mit unserem Konzept „Naturschutz durch Nutzung“ einen Paradigmenwechsel im Naturschutz eingeleitet, der auf eine Ökologisierung der Nutzungen insgesamt ausgerichtet ist. Mit dem jüngsten Naturpark Soonwald-Nahe haben wir insgesamt sieben Naturparke, der achte entsteht zur Zeit in der Vulkaneifel. Wir fördern eine kinderfreundliche Umwelt. Mehr als 260 naturnahe Spiel- und Erlebnissräume sind mit Landesförderung entstanden.

Mit der Strukturreform haben wir Landesforsten zu einem zukunfts- und leistungsfähigen Dienstleister für Kommunen und Privatwaldbesitzer weiterentwickelt.

Mit einem Anschlussgrad von 99 Prozent sind nahezu alle Bewohner und Bewohnerinnen von Rheinland-Pfalz an die Kanalisation und Kläranlagen angeschlossen. Allein in den Jahren 2000 bis

2004 wurden die kommunalen Baumaßnahmen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung mit mehr als einer halben Milliarde Euro gefördert.

Die Rheinland-Pfälzer sind Meister im Vermeiden und Verwerten von Abfällen. Von 1990 bis 2004 hat sich das Gesamtabfallaufkommen halbiert. Nahezu zwei Drittel der Abfälle werden wiederverwertet.

Wir haben den Tierschutz in der Landesverfassung und mit unserer Unterstützung auch im Grundgesetz als Staatsziel verankert.

## **Unsere Vorhaben:**

1. **Wir wollen eine verantwortungsvolle Energiepolitik, die das Klima schützt und Arbeitsplätze schafft.** Unsere zukunftsgerechte, klimaverträgliche Energiepolitik hat drei Säulen: Einsparenergie mobilisieren, Effizienztechnologien fördern, erneuerbare Energien ausbauen.
  - Wir wollen den Wettbewerb in der Energieversorgung. Wir treten ein für ein Energierecht, das die Versorgungssicherheit und eine leistungsfähige Netzinfrastruktur nicht gefährdet. Für das Restrisiko eines möglichen Stromausfalls werden wir mit den Energieversorgern und den örtlichen Einsatzkräften bestehende Notfallpläne weiterentwickeln.
  - Wir werden bei Katastrophenfällen und Großschadensereignissen für die Sicherstellung der Kommunikations- und Einsatzfähigkeit wichtiger Einrichtungen sorgen.
  - Wir werden schnell und wirksam ein Programm zur Senkung der Energiekosten und zum Klimaschutz anstoßen. Dabei setzen wir auf eine intelligente Kombination aus Informationen und zusätzlichen finanziellen Anreizen. Alle Maßnahmen des Bundes und des Landes werden dabei eng aufeinander abgestimmt. Wir wollen erreichen, dass möglichst immer dann, wenn eine Sanierung erfolgt, die Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energien selbstverständlicher Bestandteil des Vorhabens werden.
  - Die neuen Bundesprogramme werden attraktive Rahmenbedingungen für Investoren bieten. Uns ist es wichtig, dass sowohl Vermieter als auch Mieter von den neuen Rahmenbedingungen profitieren. Sobald die einzelnen Programmteile auf Bundesebene verabschiedet sind, werden wir prüfen, ob und welche ergänzenden Maßnahmen des Landes sinnvoll sind.
  - Wir werden eine kompetente und kundennahe Beratung über energetische Modernisierung von Gebäuden, über den Einsatz erneuerbarer Energien und moderner Technologien – auch im Hinblick auf ihre Rolle als Jobmotor - sicherstellen.
  - Dem öffentlichen Bau kommt eine Vorbildfunktion zu. Wir werden ein Energiemanagementkonzept einführen, das diese Vorbild- und Technologiekompetenz des Landes verdeutlicht und Anreize für eine nachhaltige Senkung des Energiebedarfs im Bereich öffentlicher Bauten schafft.
  - In einer konzertierten Aktion wollen wir eine groß angelegte Informationskampagne starten. Jede Rheinland-Pfälderin und jeder Rheinland-Pfälder soll die Potentiale kennen, die in der Energieeinsparung im Gebäudebereich liegen.
  - Ein Förderatlas soll über Energieeinsparung, Förderprogramme und Beispielvorhaben mit ausführlichen Kostenangaben informieren. Er wird in gedruckter Form und online zur Verfügung stehen.
  - Auf dem wichtigen Gebiet der Altbausanierung stehen bisher nur unzureichende Forschungsergebnisse darüber zur Verfügung, welche Hemmnisse für die Investoren

bestehen, eine Energiesanierung in Angriff zu nehmen. Wir wollen dieses Forschungsdefizit zumindest für Rheinland-Pfalz schnell beseitigen.

- Wir unterstützen und fördern Kompetenznetzwerke um innovative Technologien schneller zur Marktreife zu bringen.
- Wir wollen eine Vielfalt erneuerbarer Energien: Wasser, Wind, Sonne und Biomasse liefern uns Kohlestoffdioxid-freien Strom, Wärme oder Kraftstoffe. Windkraft darf nur an für Menschen und Natur verträglichen Standorten entstehen. So sollen unsere bedeutenden Kulturlandschaften wie z.B. das UNESCO Welterbe Mittelrheintal oder der Haardt-Rand, aber auch Kernzonen der Naturparke oder landschaftsprägende Formationen, frei bleiben von Windkraftanlagen. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass die Instrumente des Planungsrechtes, Raumordnung- und Flächennutzungspläne stärker genutzt werden, um diese Ziele zu erreichen. Für uns haben leistungsfähigere und größere Rotoren an vorhandenen Standorten (Repowering) Vorrang vor neuen Anlagen.
- Die energetische Nutzung nachwachsender Rohstoffe ist eine Chance für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum. Wir wollen Bioenergien aus Holz und Energiepflanzen naturverträglich und unter Beachtung der Nachhaltigkeitsziele nutzen.
- Wir wollen den Standortvorteil auf Grund der geologischen Formationen in der Vorderpfalz nutzen und die Pfalz als Referenzregion für Geothermie in Deutschland entwickeln.
- Wir wollen die internationale Zusammenarbeit im Umwelt- und Klimaschutz verstärken. Dies macht auch wirtschaftlich Sinn: Umwelt- und insbesondere Energietechnologien haben einen zunehmenden Anteil an der Exportstärke unseres Landes. Wir wollen neue und junge Unternehmen unterstützend auf dem Weg in die internationalen Märkte begleiten.
- Wir stehen zum Atomausstieg. Mülheim-Kärlich wird zurückgebaut. Die Schadenersatzklage von RWE in Milliardenhöhe gegen das Land ist abgewendet.

## **2. Wir schaffen mit einem engagierten Hochwasserschutz Sicherheit für die Menschen und Räume für die Natur.**

- In das Hochwasserschutzkonzept des Landes werden wir bis 2015 insgesamt 400 Millionen Euro investieren zur Förderung des natürlichen Wasserrückhaltes in der Fläche, für sichere Deiche, Rückhalteräume und örtliche Schutzmaßnahmen sowie Stärkung der Eigenvorsorge.
- Wir halten fest an dem Ziel eines 200jährigen Hochwasserschutzes für den Oberrhein. Wir werden unsere rheinland-pfälzischen Maßnahmen hierzu zügig umsetzen, das heißt, die Rückhalteräume am Oberrhein sollen bis 2012 einsatzbereit und die Deichertüchtigung abgeschlossen sein.
- Wir wollen mit örtlichen Hochwasserschutzmaßnahmen die Sicherheit für die Menschen an den großen Nebenflüssen des Rheines, dem Mittelrhein, aber auch an den kleineren Flüssen in der Fläche erhöhen. Ein verbesserter Hochwasserschutz löst kommunale und private Investitionen aus, die die Attraktivität der Gemeinden und Städte an unseren Flüssen steigert.
- Deshalb wollen wir gerade im Welterbetal Mittelrhein die Investitionen für Hochwasserschutz und Renaturierung verbinden mit Maßnahmen der Stadt- und Dorferneuerung, des Naturschutzes und der Infrastruktur für Tourismus.

- Den Hochwassermeldedienst auch für kleinere Gewässer werden wir ausbauen und verbessern und Hochwassergefahrenkarten zur besseren Information und Eigenvorsorge der Bürger und Bürgerinnen und der Kommunen erstellen.
- Die Erfolgsgeschichte der „Aktion Blau“ wird fortgesetzt. Ziel ist eine naturnahe Gestaltung und verbesserte Durchgängigkeit unserer Bäche und Flüsse (auch zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie) sowie zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in der Fläche.

**3. Unsere Kulturlandschaften prägen den Charakter der Regionen und schaffen Identität.** Sie fördern Lebensqualität und sind positiver Standortfaktor in einem Wohlfühl- und Rheingebiet Rheinland-Pfalz. Unser Konzept heißt Naturschutz durch Nutzung und Kooperation und Beteiligung.

- Wir fördern Naturparke als Räume nachhaltiger Entwicklung. Wir sind offen für die Ausweisung eines Gebietes als Nationalpark. Sie hat vor allem zur Voraussetzung, dass diese vor Ort gewollt, als sinnvolle Entwicklungsmöglichkeit für die Region anerkannt und von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen wird.
- Wir pflegen die Kulturlandschaften als Rückgrat für einen sanften Tourismus.
- Wir leisten in Rheinland-Pfalz einen überdurchschnittlichen Beitrag zum europäischen Netz „Natura 2000“ zum Schutz der Artenvielfalt von Flora und Fauna.

**4. Wir werden den Wald als Wirtschaftsfaktor, Natur-, Lebens- und Erholungsraum erhalten und fördern.**

- Durch eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder.
- Durch die Entwicklung und den Erhalt von standortangepassten Mischwäldern.
- Indem wir den Holzabsatz als umweltfreundlichste heimische nachwachsende Ressource stärken.
- Indem wir den Betrieb Landesforsten mit dem Gemeinschaftsforstamt als kompetenten, effizienten und wirtschaftlichen Dienstleister in der Fläche für Kommunen und Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln.

**5. Wir werden den Verbraucherschutz stärken.** Unser Leitbild sind informierte Verbraucherinnen und Verbraucher, die klug konsumieren und für Qualität verantwortliche Produzenten.

- Wir werden die Qualitätsoffensive für eine kompetente, leistungsfähige und reaktionsschnelle Lebensmittelüberwachung fortführen und die Kooperation mit unseren Nachbarn stärken.
- Wir werden die Verbraucherzentrale als unabhängige Verbraucherberatung weiter fördern.
- Auf Bundesebene werden wir uns für ein Verbraucherinformationsgesetz zur Stärkung der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher einsetzen.

**6. Wir nehmen Verantwortung für das Wohl der Tiere ernst.**

- Wir setzen uns weiter für artgerechte Haltungsbedingungen für Tiere, insbesondere auch für Nutztiere, ein.
- Lebetiertransporte müssen auf ein absolut notwendiges Maß reduziert werden. Wir arbeiten darauf hin, dass Ferntransporte mit Schlachtvieh vermieden werden.
- Wir stärken und unterstützen das ehrenamtliche Engagement im Tierschutz.
- Wir fördern die Entwicklung von Alternativmethoden zu Tierversuchen und werden einen Wissenschaftspreis des Landes für Alternativen zu Tierversuchen ausloben.



## VIII. Wir fördern Landwirtschaft und Weinbau

Unsere Weinbaubetriebe produzieren Weine von internationaler Spitzenqualität. Obst, Gemüse, Fleisch und Getreide aus Rheinland-Pfalz haben ebenfalls erstklassige Qualität und hervorragende Produktprofile. Deshalb unterstützen wir Landwirtschaft und Weinbau in ihrem Bestreben, den Weg der Qualitäts- und Marktorientierung konsequent fortzusetzen.

Wir bekennen uns zum Agrar- und Weinbaustandort Rheinland-Pfalz, denn Landwirtschaft und Weinbau prägen in besonderer Weise die ländlichen Regionen unseres Landes. Sie sichern nicht nur Arbeitsplätze und Einkommen, sondern erbringen darüber hinaus wertvolle Leistungen zur Pflege und Erhaltung unserer einmaligen Kulturlandschaft. Landwirtschaft und Weinbau bilden das strukturelle Rückgrat vieler ländlicher Gebiete. Wir wollen wettbewerbsfähige, im Einklang mit der Natur wirtschaftende mittelständische Betriebe in der Land- bzw. Weinwirtschaft.

Rheinland-Pfalz als größtes Weinbaugebiet Deutschlands wird auch in Zukunft in besonderer Weise von seinen Weinkulturlandschaften geprägt werden. Wir setzen im Weinbau auf Kunden-, Qualitäts- und Marktorientierung und die Besinnung auf regionaltypische Stärken.

### Unsere Bilanz:

Im Zusammenhang mit der ab 2005 geltenden Agrarreform der EU ist es der Landesregierung gelungen, ein wesentlich höheres Prämienvolumen aus EU-Mitteln für Rheinland-Pfalz durchzusetzen. Damit haben unsere Betriebe bessere Chancen im innereuropäischen Wettbewerb.

In der auslaufenden Wahlperiode ist ferner das Miteinander von Landwirtschaft und Naturschutz gesetzlich verankert worden. Der Vorrang des kooperativen Naturschutzes und die Ausgleichszahlungspflicht für naturschutzrechtliche Vorgaben sichern der Landwirtschaft ihre Weiterentwicklung im Einklang mit der Natur und eröffnen Chancen auf eine nachhaltige Schonung natürlicher Ressourcen.

Zusammen mit der Weiterführung des "Förderungsprogramms umweltschonende Landwirtschaft" konnte erreicht werden, dass der Grundsatz "Naturschutz durch Naturnutzung" kooperativ umgesetzt und etwa ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach umweltschonenden und ökologischen Kriterien bewirtschaftet wird.

### Unsere Vorhaben:

1. **Die Zukunftsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe** hängt entscheidend davon ab, ob und wie sie in der Lage sind, sich kunden-, qualitäts- und marktorientiert zu positionieren.
  - Wir wollen uns auf allen Ebenen für einen Abbau der Agrarbürokratie einsetzen. In diesem Zusammenhang fordern wir eine verstärkte Beratung und Koordinierung im Rahmen der Vermittlung von Saisonarbeitskräften in der Landwirtschaft.
  - Wir wollen, dass bei den Reformen auf europäischer Ebene im Bereich des Zuckermarktes, des Tabakanbaus und des Weinbaus stärker als bisher berücksichtigt wird, welche Konsequenzen für die Erhaltung der Kulturlandschaft, die Unternehmen und die Arbeitsplätze eintreten.
  - Wir wollen das „Förderungsprogramm Umweltschonender Landbau“ fortführen und dabei dem ökologischen Land- und Weinbau aufgrund seiner besonderen Ressourcenschonung einen festen Platz zuweisen.

- Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die ländliche Bodenordnung und der freiwillige Nutzungstausch als modernes Flächenmanagement zum Abbau von Kostennachteilen und zur Sicherung infrastruktureller Projekte weitergeführt werden.

## **2. Die entscheidende Herausforderung für den Weinbaustandort Rheinland-Pfalz besteht**

**darin**, auf dem Binnenmarkt, in Europa und auf den Weltmärkten möglichst hohe Preis- und Marktanteile zu erobern. Wir setzen dabei auf Kunden-, Qualitäts- und Marktorientierung und die Besinnung auf regionaltypische Stärken.

- Wir bekennen uns zu den sechs Anbaugebieten in Rheinland-Pfalz - Rheinhessen, Pfalz, Nahe, Mittelrhein, Mosel und Ahr – und sehen in der Vielfalt von gebietsbezogenen Geschmacks- und Qualitätsprofilen besondere Absatz- und Marktchancen.
- Kooperationen, auch mit anderen Branchen, sind für uns wichtige Bausteine für einen zukunftsfähigen Weinbau.
- Wir werden uns einsetzen für niedrigere, aber qualitativ bessere Erträge - "Klasse statt Masse". Wir wollen den regionaltypischen Rebsorten einen besonderen Stellenwert einräumen und eine stärkere Verbraucherorientierung durch nachvollziehbare Geschmacks- und Qualitätsprofile unterstützen.
- Wir werden uns nachdrücklich für ein kundenorientiertes Weinbezeichnungsrecht einsetzen.
- Wir werden die Identifizierung von "Wein" mit Kultur, Lebensfreude, einer liebenswerten Landschaft und einer besonderen Lebensart unterstützen.
- Wir werden auch in Zukunft an dem bewährten Förderungssystem der Steil- und Steilstlagen festhalten und damit nachhaltig zum Erhalt dieser Kulturlandschaft beitragen.

## IX. Wir fördern Zusammenleben und Zusammenhalt

### A. Gleichstellung von Frauen und Männern

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf der Agenda ganz oben. Gender Mainstreaming heißt: die Belange von Frauen und Männern in allen Politikbereichen gleichermaßen zu berücksichtigen. Wir sagen aber auch ganz klar: Dort wo es nötig ist, werden wir die spezielle Frauenförderung beibehalten.

Das vor zehn Jahren auf den Weg gebrachte Landesgleichstellungsgesetz hat sich bewährt und zeigt Wirkung: Noch nie waren so viele Frauen im Öffentlichen Dienst beschäftigt wie heute. Ergänzend hat sich die Landesregierung im Jahr 2000 zu Gender Mainstreaming als politischer Strategie verpflichtet und das ist gut so. Steigende Frauenerwerbsquote, ein zunehmender Anteil von Wissenschaftlerinnen, mehr Schutz für von Gewalt betroffene Frauen zeigen deutlich, dass Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe verstanden und entsprechend gehandelt wird.

1. **Eigene Ressortzuständigkeit für die Anliegen von Frauen.** Frauen sind immer noch in vielen Bereichen unterrepräsentiert, deshalb müssen gleichstellungs- und frauenpolitische Maßnahmen initiiert und koordiniert werden. Dazu brauchen wir auch in Zukunft eine eigene Ressortzuständigkeit in der Landesregierung.
2. **Neue Einblicke in die Berufswelt für Mädchen und Jungen.** Der Girl's Day eröffnet Mädchen neue Einblicke in die Arbeits- und Berufswelt und soll fortgesetzt werden. Wir wollen aber auch verstärkt darauf hinwirken, dass Jungen frühzeitig eher frauentypische Berufsfelder kennen lernen. Elternhaus, Kindertagesstätten und Schulen sind gefordert, Jungen und Mädchen auf ein gleichberechtigtes Miteinander vorzubereiten.
3. **Wir unterstützen den beruflichen Erfolg von Frauen.** Wir wollen, dass mehr Frauen in Führungspositionen und mehr Frauen in den so genannten männertypischen Berufsfeldern erfolgreich arbeiten können. Lohndiskriminierung darf es nicht mehr geben. Daher wird das Ada-Lovelace Programm ebenso fortgesetzt wie die gezielte Förderung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und auf eine bessere Vernetzung von beruflich erfolgreichen Frauen hingewirkt: Wir wollen wirkungsvolle Netzwerke schaffen, um insbesondere junge Frauen zu ermutigen, beruflich erfolgreich zu sein und ihren Kinderwunsch zu verwirklichen.
4. **Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Familie und Beruf.** Wir sind dem Leitbild einer gleichberechtigten Rollenverteilung schon einen deutlichen Schritt näher gekommen, aber noch lange nicht am Ziel. Nach wie vor stellt sich ganz überwiegend für Frauen das Problem, Beruf und Familie vereinbaren zu können. Daher werden die erfolgreich umgesetzten Reformen im Bildungsbereich, allen voran die Einrichtung von über 300 Ganztagschulen, fortgesetzt. Die Initiative „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ im Kindertagesstättenbereich wird ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten.
5. **Mehr Frauen in öffentliche Ämter.** Die SPD stellt drei Ministerinnen und drei Minister im Landeskabinett. Auf der Liste für die Landtagswahl beträgt der Frauenanteil über 45 Prozent. Auch in vielen anderen öffentlichen Bereichen sind Frauen gut repräsentiert. Das gilt allerdings bei weitem noch nicht für alle Gremien: Wir wollen dafür Sorge tragen, dass sich dies im Einflussbereich des Landes - wenn nötig auch mit gesetzlichen Regelungen - ändert.

- 6. Interventionsbündnis gegen Gewalt an Frauen.** Wir werden das Netz von Beratungs- und Hilfsangeboten für Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, noch enger knüpfen. Gewalt gegen Frauen darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Frauen in Not können sich in Rheinland-Pfalz darauf verlassen: Die SPD wird sich für einen aktiven Interventionsverbund gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen einsetzen und Frauenhäuser, Notrufe und Interventionsstellen unterstützen.

## **B. Kultur bewahrt und verändert**

Die Vielfalt der Kultur und kultureller Ausdrucksformen ist für uns unverzichtbar für ein lebendiges und lebenswertes Land. Sie befähigt die Menschen, sich und die sie umgebende Wirklichkeit zu hinterfragen. Sie ist Katalysator gesellschaftlicher Veränderungsprozesse. Sie bewahrt aber auch, hält die Erinnerung an Traditionen lebendig, ohne die eine Gesellschaft seelenlos wäre. Folgerichtig muss Kulturpolitik zielgerichtet die Breitenarbeit fördern und Spitzenleistungen ermöglichen. Nur so ist sicherzustellen, dass nicht nur einige wenige Nutznießer der Förderung von Kultur sind. Denn Kultur muss den Anspruch erheben, möglichst viele Menschen erreichen zu wollen.

Mit einer umfassenden Breitenarbeit, bei der das Land mit den Kommunen zusammenwirkt, wird der Boden bereitet für eine aktive wie passive Beschäftigung mit Kultur. Sie führt nicht zuletzt Kinder und Jugendliche an Musik, Theater, Literatur und andere künstlerische Ausdrucksformen heran. Die Spitzen- oder Hochkultur wiederum ist das Aushängeschild, die Visitenkarte eines Landes. Sie sichert die überregionale Wahrnehmung und ist damit ein bedeutsamer Standort- und Wirtschaftsfaktor.

Durch eine vorausschauende Planung hat die Landesregierung den Kultursommer als eines der Markenzeichen rheinland-pfälzischer Kulturpolitik erfolgreich an die insgesamt schwieriger gewordenen finanziellen Rahmenbedingungen angepasst. Gespart wird am Marketing, nicht am Veranstaltungsangebot, das sich uneingeschränkter Beliebtheit erfreut.

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren in der Kulturpolitik eine Reihe von Struktur-reformen eingeleitet. Die eingeleiteten Reformen dienen dazu, die hohen Qualitätsstandards wie auch die Finanzierbarkeit unserer kulturellen Einrichtungen zu sichern und gleichzeitig Förder-möglichkeiten an andere Stelle zu eröffnen. So werden beispielsweise die 44 Musikschulen des Landes mit 1,2 Millionen Euro mehr als noch im Jahr 2001 gefördert, während wir die Kosten der rheinland-pfälzischen Orchester gesenkt und durch strukturelle Veränderungen gleichzeitig ihr Leistungsvermögen gewahrt haben.

Bewusste Schwerpunktsetzungen gibt es auch an anderer Stelle. So verfügt die Landesmusik-akademie Rheinland-Pfalz seit August 2003 mit dem Meisterhaus in Neuwied-Engers über eine hervorragende Aus- und Fortbildungsstätte. Ein wichtiger Schritt ist die Aufnahme des Landes-musikrats als Empfänger der Erträge der Glücksspirale – womit eine langjährige Forderung dieser Organisation erfüllt wurde. Wir haben Kultur und Tourismus zusammengeführt. Mehr als 50 Festivals – das jüngste Beispiel ist „RheinVokal“ – ziehen Jahr für Jahr Kulturtouristinnen und -touristen nach Rheinland-Pfalz.

Auch haben wir die Gedenkstätten in Osthofen und Hinzert zu würdevollen Orten des Gedenkens und der Erinnerungsarbeit gemacht.

- 1. Kultur leistet einen essentiellen Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung unserer gesellschaftlichen Grundlagen.** Für uns heißt dies: Kultur hat in Rheinland-Pfalz eine Adresse – und wird sie mit uns auch nach der Landtagswahl haben. Anders als in anderen Ländern wird bei uns das Kulturministerium nicht abgeschafft.

## 2. Wir bauen gezielt die kulturelle Bildung aus.

- Damit bereits die Jüngsten den Wert von künstlerischem Ausdruck erfahren, wollen wir die Förderung der Kinder- und Jugendkultur intensivieren.
- Die 44 Musikschulen in Rheinland-Pfalz tragen in hervorragender Weise dazu bei, die kulturelle Bildung und Kompetenz junger Menschen zu verbessern. Diesen Ansatz wollen wir weiterverfolgen und auf andere Ausdrucksformen – zunächst im künstlerisch-gestaltenden Bereich – ausweiten.
- Wir werden die vielfältigen Ausprägungen der Soziokultur, die das kulturelle Leben in ländlichen wie städtischen Lebensräumen gleichermaßen belebt hat, intensiv weiter fördern.

## 3. Wir treten für eine sichtbare Alterskultur ein. Die gezielte Förderung eines kulturellen Angebots für und von älteren Menschen ist für uns unabdingbar. Alter ohne Kultur ist Verarmung. Wir werden Kulturschaffende und ältere Menschen zusammenbringen, um sich mit diesem Thema zu beschäftigen.

## 4. Indem wir Spitzenleistungen fördern, erhöhen wir die überregionale Wahrnehmung unseres Landes.

- Großprojekte, wie beispielsweise der Umbau der Landesmuseen, der Bau des Arp-Museums Bahnhof Rolandseck oder die Konstantin-Ausstellung in Trier 2007, werden den Kulturstandort Rheinland-Pfalz weiter profilieren.
- Rheinland-Pfalz kann sich glücklich schätzen, über vier UNESCO-Welterbestätten zu verfügen: die Römerbauten in Trier, den Kaiser-Dom zu Speyer, das Obere Mittelrheintal und der Obergermanisch-Raetische Limes. Diese Anerkennung ist Chance und Verpflichtung zugleich. Wir wollen ihr mit großem Engagement gerecht werden. Wir werden mit den Betroffenen eine Struktur schaffen, die die Pflege dieses Welterbes fördert und einen noch stärkeren Nutzen für das Land ermöglicht. Zugleich setzen wir uns für die Anerkennung weiterer Welterbe-Projekte ein, beispielsweise die Dome zu Mainz und Worms oder die mittelalterlichen SCHUM-Städte Worms, Mainz und Speyer mit ihrem bedeutenden jüdischen Erbe.
- Wir werden die Städte und Gemeinden an der Weltkulturerbestätte des historischen Limes dabei dauerhaft unterstützen, durch konkrete Maßnahmen zur Bewahrung, dem Schutz und der touristischen Erschließung des Limes-Verlaufs in Abstimmung mit unseren Partnerländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern dieses historische Erbe der Menschheit vielen Besucherinnen und Besuchern näher zu bringen und damit gleichzeitig die Identität der Menschen mit ihrer Heimatregion und unserem Land Rheinland-Pfalz stärken.
- Kultur muss sich öffnen und mit anderen austauschen, um neue Impulse zu erfahren. Diese Entwicklung werden wir weiter vorantreiben, indem wir beispielsweise den bereits aufgenommenen Dialog von Kultur und Wissenschaft vertiefen. Die Erweiterung der Kooperation des Fachbereichs Musik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz mit der Villa Musica oder die Gründung des Jungen Ensembles sind dafür gute Beispiele, denen wir weitere folgen lassen wollen.

## 5. Kultur ist auch ein wichtiger Standortfaktor und arbeitsmarktpolitisch bedeutsam.

- Ein hochwertiges Kulturangebot beeinflusst die überregionale Wahrnehmung eines Landes und ist insofern als Standortfaktor von erheblicher Bedeutung. Darüber hinaus ist Kultur arbeitsmarktpolitisch eine Größe. Es gilt deshalb, Kultur und Tourismus zum beiderseitigen Nutzen noch enger zusammen zu binden.

- Erstmalig wird mit Luxemburg eine ganze Region und damit auch Teile von Rheinland-Pfalz Kulturhauptstadt Europas. Diese Chance werden wir nutzen.
- Mit „vertikult“ ist in Rheinland-Pfalz ein bundesweit einzigartiges, Internet-basiertes System entwickelt worden, das zum Ziel hat, die Kulturarbeit mit Mitteln der Informations- und Kommunikationstechnologien nachhaltig zu unterstützen. Dabei sollen Beschäftigungspotenziale im Kulturbereich gesichert und weiter ausgebaut werden.

**6. Die Kirchen geben vielen in dieser Gesellschaft Halt und Orientierung.** Sie sind eine eindrucksvolle und unverändert vitale Kraftquelle der Gesellschaft. Deshalb werden wir sie auf der Grundlage der Subsidiarität weiter nachhaltig in ihrer Arbeit unterstützen. Das Land legt größten Wert darauf, den intensiven Dialog mit den Kirchen fortzusetzen – zum Wohl der Individuen wie der Gemeinschaft.

## C. Medienvielfalt sichern

Rheinland-Pfalz ist mit dem ZDF, dem SWR, RPR und vielen weiteren privaten Anbietern und Veranstaltern ein bedeutender Medienstandort. Sie sind wichtige Kulturfaktoren in Rheinland-Pfalz. Sie fördern in besonderem Maße Literatur, bildende und darstellende Kunst und das Theater. Sie sind wichtige Auftrag- und Arbeitgeber. Die Informations- und Kommunikationstechnologien spielen in allen Feldern des Wirtschaftens, Lernens, Regierens eine immer größere Rolle. Sie sind aus dem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken.

Der sozialdemokratisch geführten Landesregierung ist es gelungen, herausragende Forschungsinstitute ins Land zu holen. Dank unserer zielstrebigem Politik ist Rheinland-Pfalz zu einem begehrten Standort von Multimediafirmen geworden. E-Government sichert modernes, öffentliches Management. Ein neues Landesmediengesetz öffnet den Weg für die Zukunftsentwicklung der rheinland-pfälzischen Medien. Das neue digitale terrestrische Fernsehen im Rhein-Main-Gebiet bringt für den Fernsehnutzer Mobilität und eine deutliche Qualitätsverbesserung.

### 1. Wir stehen zum dualen Rundfunksystem, es hat sich bewährt.

- Die rheinland-pfälzische SPD steht zum dualen System, das heißt dem Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern.
- Öffentlich-rechtlicher Hörfunk und Fernsehen gewährleisten, dass jedem Bürger und jeder Bürgerin Informationen, Sport und Kultur frei zugänglich und bezahlbar bleiben.
- Hörfunk, Fernsehen und neue Rundfunkangebote sind ein kulturelles Gut, das in der föderalen Zuständigkeit der Länder erhalten bleiben muss.
- Wir werden in Anbetracht der zunehmenden Medienkonzentration und der vielen Bereiche unseres Landes, in denen es nur noch eine Tageszeitung gibt, auf den Erhalt der Meinungsvielfalt achten. Wir wollen sie im privaten Rundfunk durch wahrnehmbare Drittsendezeiten sichern. Wir wollen eine regionale Berichterstattung in der besten Fernsehzeit.
- Wir werden das öffentlich-rechtliche System stärken und seine Finanzierung sichern.
- Wir wenden uns entschieden gegen die Manipulation von Zuschauerinnen und Zuschauern durch Schleichwerbung und gekaufte Sendungen.

- Wir wollen das im Rhein-Main-Gebiet schon eingeführte terrestrische digitale Fernsehen als nächstes in der Metropolregion Rhein-Neckar und wenn möglich auch im Trierer und Kaiserslauterer Raum ausstrahlen.

## **2. Medienkompetenz ausbauen.**

- Wir werden die Medienkompetenz weiter intensiv fördern, da im Übergang zur Informations- und Wissensgesellschaft dem bewussten Umgang mit allgegenwärtigen Medien eine immer größere Bedeutung zukommt.
- Die Arbeit der Medienkompetenz-Netzwerke auf lokaler und regionaler Ebene zur Förderung der Medienkompetenz werden wir ausbauen.
- Wir werden für einen wirksamen Jugendmedienschutz sorgen, auch in Europa. Die Zukunft des Jugendmedienschutzes bei privatem, öffentlich-rechtlichem Rundfunk und im Internet bleibt für uns ein zentrales Thema. Sollten Selbstverpflichtungen nicht greifen, muss die Frage nach einer übergreifenden professionellen Aufsicht gestellt werden.

## **3. Die Möglichkeiten von Multimedia für Innovation und Beschäftigung nutzen.**

- Wir werden das Wachstumspotential von Multimediafirmen gezielt fördern und weiter entwickeln.
- Wir wollen regionale Strukturnachteile ausgleichen. Wir werden die Standortqualität im ländlichen Raum erhöhen. Wir werden unser erfolgreiches Entwicklungskonzept der branchenbezogenen Clusterbildung intensiv fortsetzen.
- Wir werden die gesellschaftliche Akzeptanz der Informations- und Kommunikationstechnologien weiter fördern. Wir streben einen noch breiteren Zugang aller Bevölkerungskreise zu den neuen Medien an, damit sich die „digitale Schere“ schließt und nicht weiter öffnet.
- Wir werden die Multimediapolitik durch strategische Partnerschaften mit Unternehmen und anderen Ländern absichern.

## **D. Integration fördern**

Deutschland und Rheinland-Pfalz sind ein Einwanderungsland. Der von uns begonnene Weg der gesteuerten und begrenzten Zuwanderung sowie der guten Integration der hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wollen wir konsequent führen. Ziel ist eine Kultur des Miteinanders zu schaffen. Ziel ist die Einbürgerung der Menschen, die Rheinland-Pfalz zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht haben. Die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie tritt ein für eine soziale Integration, die nicht völlige Assimilierung anstrebt, sondern die auf einem Grundkonsens über gemeinsame Grundwerte und Ziele beruht sowie auf der Anerkennung allgemeiner Regeln zur Bewältigung und Lösung von Konflikten.

Wir dulden keine Gewalt, weder im öffentlichen Raum noch im privaten Bereich. Wir sind entschiedene Gegner von Parallelgesellschaften und Ghettobildung. Gewaltbereite Extremisten und Fundamentalisten werden mit aller Härte des Gesetzes verfolgt und bestraft.

**Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten reichen denen die Hand, die friedlich mit uns leben wollen. Wir wollen, dass Integration gelingt.**

- Wir streben eine Kultur des vom gegenseitigen Respekt getragenen Miteinanders und Zusammenlebens an.

- Wir wollen, dass auch Frauen aus anderen Kulturkreisen ein selbstbestimmtes Leben führen können.
- Wir werden bei unseren integrationsfördernden Maßnahmen besondere Probleme von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund berücksichtigen, um ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen und bei Bedarf spezielle Unterstützungsangebote zur Verfügung stellen.
- Ohne ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache ist Integration nicht möglich. Deshalb müssen Schulkinder deutsch können. Wir werden das Angebot zum Erlernen der deutschen Sprache für jung und alt verstärken.
- Wir wollen, dass der kulturelle Reichtum von Migrantinnen und Migranten angemessen in die Kulturarbeit einbezogen wird.
- Wir stärken die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt. Die Wirtschaft wird zunehmend international, d.h. interkulturelle Kompetenz wird zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, zum Ausbau der Absatzmärkte und der Erweiterung der Produktpalette immer wichtiger. Ausländische Beschäftigte bringen Erfahrungen und Kompetenzen mit, die von vielen Unternehmen im internationalen Wettbewerb benötigt werden. In diesem Sinne beraten und qualifizieren wir Unternehmen, Personal und Betriebsräte sowie Migrantinnen und Migranten.
- Integrationsprozesse verlaufen nicht immer reibungslos. Gelegentlich kommt es zu Konflikten. Eine verantwortliche Integrationspolitik muss helfen, Verständigungsprobleme zu überwinden und konstruktive Formen der Konfliktbewältigung zu entwickeln.
- Wir verfolgen weiterhin das Ziel, dauerhaft hier lebenden ausländischen (Nicht-EU) Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Wahlrecht auf kommunaler Ebene zu gewährleisten.
- Wir wollen die bestehenden Ausländerbeiräte zu Integrationsbeiräten weiterentwickeln, um mehr Menschen mit Migrationshintergrund zu beteiligen.
- Wir möchten künftig Beauftragte für Integration, die für alle Menschen mit Migrationshintergrund wirken. Wir werden auf Landesebene die ausländerrechtlichen und integrationsfördernden Maßnahmen bündeln, um Doppelarbeit zu vermeiden.



## **X. Wir sind gute Partner in Europa und in der Welt**

Die europäische Einigung ist für uns in Rheinland-Pfalz ohne Alternative. Der europäische Einigungsprozess hat sich seit vielen Jahren bewährt – gesellschaftspolitisch, ökonomisch und sicherheitspolitisch. Wir treten nach wie vor für die erfolgreiche Ratifizierung der Europäischen Verfassung ein. Sie stärkt das Europäische Parlament, die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Mitwirkungsrechte der Regionen. Ein starkes Europa braucht starke und handlungsfähige Regionen. Die Regionen mit ihrer Überschaubarkeit und Bürgernähe sind für uns eine wichtige Brücke zwischen gemeinsamem europäischem Handeln und dezentraler Interessenwahrnehmung. Die Europäische Union darf nur dort aktiv werden, wo die Vorteile gemeinschaftlichen Handelns deutlich überwiegen. Dabei muss sie ihre Entscheidungen transparent und bürgernah treffen. Partnerschaften und Kooperationen mit anderen Regionen in Europa und darüber hinaus bereichern uns in kultureller, ökonomischer und bildungspolitischer Hinsicht.

### **Unsere Bilanz:**

Wir haben uns im europäischen Verfassungsprozess für eine starke Stellung der Regionen engagiert.

Bei der Neuausrichtung der regionalen Strukturpolitik haben wir Konzepte für die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit entwickelt. Wir haben mit konkreten Projekten – z.B. der Einrichtung von Naturschutzgebieten, dem Ausbau von Radwegen oder der Einrichtung von Beratungsstellen für grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer – das gemeinsame Europa im grenznahen Raum für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar gemacht.

Dort, wo die Interessen der heimischen Wirtschaft und der rheinland-pfälzischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders berührt sind, haben wir diese im europäischen Rechtssetzungsprozess deutlich zum Ausdruck gebracht. So hat die Landesregierung z.B. bei den Diskussionen um die Chemikalienrichtlinie der Europäischen Union (sog. REACH-Verordnung: Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) die spezifischen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie die der heimischen Wirtschaft – in enger Abstimmung mit den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen des Landes – erfolgreich vor Ort in Brüssel vertreten.

Wir haben unsere regionalen Partnerschaften und Kooperationen gepflegt und intensiviert.

### **Unsere Vorhaben:**

#### **1. Wir werden die rheinland-pfälzischen Interessen innerhalb der Europäischen Union weiterhin engagiert vertreten.**

- Der Gedanke der Integration bleibt zentraler Maßstab unserer Europapolitik. Dabei werden wir die spezifischen rheinland-pfälzische Interessen effizient und dienstleistungsorientiert vertreten.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass das in der Verfassung entwickelte Frühwarnsystem zur Überwachung des Subsidiaritätsprinzips bereits vor einer abschließenden Ratifizierung des Verfassungsvertrags umgesetzt wird.
- Wir werden unseren Einfluss dafür geltend machen, dass Regulierungen und bürokratische Verflechtungen auf europäischer Ebene nicht zum Selbstzweck werden.
- Wir werden uns dafür engagieren, dass die Rechte und Chancen der rheinland-pfälzischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zuge der geplanten Dienstleistungsrichtlinie gewahrt bleiben.

## **2. Wir werden die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausbauen.**

- Wir werden vor allem die Zusammenarbeit in der Region Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie-Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens intensivieren.
- Parallel dazu werden wir vergleichbare, auf die anderen Strukturen dieser Räume bezogene, Initiativen im PAMINA-Raum (Südpfalz/ Mittlerer Oberrhein/ Nordelsass) und im Oberrheinbereich unter Einbeziehung der Schweiz zur Verstärkung der Zusammenarbeit starten.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch zukünftig solche Partnerschaften und Kooperationen von der Europäischen Union gefördert werden.

## **3. Wir werden die Netzwerke unserer Partnerschaften intensivieren.**

- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird durch unsere europäischen Partnerschaften sinnvoll ergänzt.
- Das mit unseren Partnerregionen Burgund (Frankreich), Oppeln (Polen) und Mittelböhmen (Tschechische Republik) vereinbarte „Vierer-Netzwerk“ ist ein neuer Weg, europäisch die Kräfte zu bündeln. Diesen Weg werden wir auch zur besseren Vertretung unserer Interessen auf der europäischen Ebene ausbauen.

## **4. Internationale Zusammenarbeit endet für uns nicht an den Außengrenzen der Europäischen Union.**

- Die Partnerschaften mit South Carolina (USA) und Fujian (China) und Iwate (Japan) sind für uns in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht eine Bereicherung für unser Land.
- Die Entwicklungszusammenarbeit für die Menschen in Ruanda, eine beispielhafte „Graswurzelpartnerschaft“, getragen von vielen hundert Initiativen in unserem Land, ist für uns Ausdruck gelebter internationaler Solidarität. Wir wollen die Partnerschaft mit Ruanda weiter entwickeln und hierzu die Gründung einer Stiftung unterstützen. Ein ruandisch-deutsches Jugendwerk soll zudem dem Engagement und Austausch junger Menschen eine besondere Plattform bieten
- Wir haben in Sri-Lanka ebenso wie in New Orleans gezeigt, dass wir unseren Beitrag leisten, wenn andere durch Naturkatastrophen in Not geraten. Wir werden diesen Weg der solidarischen Hilfe weitergehen.

## **XI. Rheinland-Pfalz – Ein moderner Staat**

Rheinland-Pfalz ist stark geworden durch die Kraft seiner Menschen. Ein moderner Staat schafft dafür die Rahmenbedingungen.

Freiheit, sozialer Ausgleich, Eigenverantwortung stärken und die Garantie höchstmöglicher Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zählen zu seinen zentralen Aufgaben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für einen Staat, der das Gemeinwohl über die Einzelinteressen stellt. Die SPD will einen starken, handlungsfähigen und dialogbereiten Staat. Demokratische Teilhabe der Menschen hat für uns zentrale Bedeutung. Wir stehen für einen aktivierenden Staat. Wir ermuntern unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zum ehrenamtlichen Engagement. Wir fördern es aktiv. Wir stehen für ein friedliches Zusammenleben. Wir halten an einer soliden Finanzpolitik fest, die einen Ausgleich zwischen notwendigen Veränderungen und gezielten Zukunftsinvestitionen findet. Wir stehen für eine leistungsfähige und bürgerorientierte Verwaltung in Rheinland-Pfalz. Wir sichern handlungsfähige Städte und Gemeinden.

Rasche Genehmigungsverfahren sichern Arbeitsplätze. Große Investitionen in die Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen schnelles Verwaltungshandeln. Neue schlankere Verwaltungsstrukturen wurden geschaffen. Beim Abbau überflüssiger Bürokratie sind wir im Ländervergleich vorne.

Rheinland-Pfalz konnte die schwierige finanzielle Situation der letzten Jahre besser meistern als viele andere Bundesländer. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat die Ausgaben konsequent begrenzt und politische Schwerpunkte gesetzt, damit unser Land auch in der Zukunft erfolgreich bleibt. Durch diese verantwortungsbewusste Finanzpolitik war Rheinland-Pfalz in der Lage, in den vergangenen Jahren ohne Ausnahme verfassungsgemäße Haushalte aufzustellen.

Mit dieser Politik wollen wir konsequent fortfahren.

### **A. Solide Finanzen – in die Zukunft investieren**

Wir stehen auch weiterhin zur Finanzierung der deutschen Einheit als Zukunftschance für unser ganzes Volk, auch wenn wir wissen, dass dies auf Jahre hinaus unsere Haushalte immens belastet.

Wir werden den Kurs der konsequenten Konsolidierung gerade im Interesse künftiger Generationen fortsetzen. Auch in Zukunft erhalten wir die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Landes. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates darf nicht ausgehöhlt werden.

Eine positive gesellschaftliche Entwicklung erfordert vor allem in den Feldern Bildung, Wissenschaft und Forschung auch in der Zukunft einen aktiven Staat. Wir wehren uns gegen eine Politik, die die Entsolidarisierung der Gesellschaft mit den Instrumenten der Steuer- und Abgabepolitik betreibt. Wir wollen dem Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit wieder mehr Geltung verschaffen.

Ein Wandel der finanziellen Prioritäten lässt sich nur dann gestalten, wenn gleichzeitig beschrieben wird, welche Aufgaben der Staat nicht mehr oder nicht mehr so intensiv wahrnehmen will. Dieser Herausforderung werden wir uns auch in der Zukunft stellen. Die Ausgaben des Landes müssen daher in den nächsten Jahren deutlich begrenzt bleiben.

Auch in den nächsten Jahren werden wir im Haushalt politische Prioritäten in den beschriebenen Zukunftsfeldern setzen und strenge Maßstäbe beim Erreichen von wirtschaftlichen Zielen anlegen. Die Realisierung aller Projekte muss sich daher an dem aktuellen finanzpolitischen Rahmen des Landes orientieren.

## **Gesicherte öffentliche Finanzen bleiben Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit.**

- Der Anteil der Zukunftsinvestitionen des Landes soll im Rahmen einer weiteren Veränderung der Prioritäten im Landeshaushalt steigen.
- Wir werden einen konsequenten Kurs der Ausgabenbegrenzung beibehalten. Auch in der Zukunft messen wir die Verwirklichung unserer finanzpolitischen Ziele an den Kosten und Leistungen anderer Länder. Wir setzen uns das Ziel, unsere Ausgaben in einem vergleichenden Prozess ständig zu überprüfen und sehen darin ein Instrument, um uns weiter verbessern zu können.
- Durch eine Verbesserung der internen finanzwirtschaftlichen Revision sollen konzeptionell neue Wege beschritten werden.
- Für die strategische Steuerung der Haushaltspolitik sind Regierung und Parlament auf aktuelle Informationen über die Leistungen der Verwaltung und die Wirkungen von Maßnahmen auch im Haushaltsvollzug angewiesen. Wichtige Daten sollen innerhalb des Controllings zukünftig noch systematischer erhoben und ausgewertet werden. Gleichzeitig reduzieren wir in anderen Bereichen statistische Anforderungen.

## **B. Staat und Verwaltung modernisieren**

Die Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bedarf der laufenden Überprüfung und Anpassung. Dabei stehen für uns Vereinfachung, größere Leistungsfähigkeit, sparsamer Umgang mit Steuergeldern und Bürgernähe im Vordergrund aller Überlegungen. Wir verstehen die öffentliche Verwaltung vor allem als Partner und Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen.

Der öffentliche Dienst, die Kommunen und das Land sind diesem Ziel ein gutes Stück näher gekommen. Es bleibt uns eine dauernde Verpflichtung.

### **1. Aufgabenverteilung überprüfen.**

- Wir treten weiterhin aktiv für eine Reform des Föderalismus ein, die die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern klarer abgrenzt.
- Wir werden auch in unserem Land nicht nachlassen zu prüfen, welche Aufgaben sich auf der Ebene der Gemeinden, Städte und Landkreise besser als auf der Landesebene erfüllen lassen.

### **2. Wir stehen für eine leistungsfähige Landesverwaltung.**

- Wir werden die Modernisierung der Landesverwaltung unter Einbeziehung der Beteiligten konsequent fortsetzen. Wir werden die Regelungsdichte weiter abbauen, Strukturen überprüfen und gegebenenfalls weiterentwickeln.
- Durch die demographische Entwicklung wird sich die Auslastung der Kapazitäten der Verwaltung in vielen Aufgabenbereichen deutlich verringern. Wir wollen die Verwaltung in die Lage versetzen, hierauf durch eine abgestimmte Personalentwicklung und Investitionstätigkeit in den jeweiligen Sektoren zu reagieren.
- Auf dem Gebiet der Personal- und Organisationsentwicklung werden wir die Kompetenzen in der Landesverwaltung verstärkt bündeln. Wir wollen, dass die Wirtschaftlichkeit typischer Leistungen der Verwaltung noch intensiver prozessorientiert überprüft wird. Veränderungen

im Aufgabenfeld der Verwaltung, die sich z.B. durch eine geringere Bevölkerungszahl oder einen höheren Anteil älterer Menschen ergeben, müssen mit Hilfe neuer Managementinstrumente schnell und flexibel zu einem Wechsel der Prioritäten etwa im Personalbereich führen.

- Der öffentliche Dienst ist größter Arbeitgeber im Land. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen für die SPD im Mittelpunkt aller Reformvorhaben und Verbesserungsmöglichkeiten in der Landes- und Kommunalverwaltung. Ihre Leistungsbereitschaft, ihre Kreativität und ihre Erfahrungen sind die Basis für die Weiterentwicklung unserer Verwaltung im Dienste der Bürgerinnen und Bürger. Bei den Entscheidungen wird sichergestellt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Teil unserer Verantwortung und deshalb in angemessener Weise in die Entscheidungen einbezogen werden. Bei allen Entscheidungen ist unsere soziale Verantwortung ihnen gegenüber ein Maßstab unseres Handelns. Dazu gehört auch, dass wir mit dem Pensionsfonds als einziges Land in Deutschland Altersvorsorge für die Beamtinnen und Beamten betreiben.
- Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Der öffentliche Dienst soll weiterhin Vorbildfunktion bei der Ausbildung von jungen und der Beschäftigung älterer Menschen haben.
- Die Kenntnisse und Fähigkeiten der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung wollen wir auch auf dem Gebiet der Kostensenkung noch stärker nutzen. Wir werden daher ein Ideenmanagement aufbauen; gute Vorschläge sollen sich für die Kreativen finanziell noch stärker lohnen.
- Die weiter voranschreitende Entwicklung im Bereich der Informationstechnologien macht eine Neugestaltung der Verwaltungsorganisation möglich. Wir werden E-Government weiter ausbauen mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität und Erleichterung von Verwaltungsarbeit. Wir werden die Steuerung dieser Systeme zentral bündeln.
- Wir stehen zur Tarifgemeinschaft der deutschen Länder, und damit zur Tarifbindung der Beschäftigten des Landes. Wir wollen mehr Flexibilität und Leistungsanreize im öffentlichen Dienstrecht und im Tarifrecht erreichen. Wir werden uns zeitnah für einen Tarifabschluss einsetzen, der die Besonderheiten der Länder berücksichtigt und sich an den Strukturen der Tarifverträge mit Bund und Kommunen orientiert. Wir werden hierbei sicherstellen, dass kein unangemessener Konkurrenzkampf der einzelnen Länder entsteht.
- Wir werden die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer und der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung in Mayen stärken.

### **3. Die kommunale Selbstverantwortung stärken.**

In den Städten und Gemeinden, in den Stadtteilen und Dörfern gestaltet sich das Zusammenleben der Menschen vor Ort. Sie haben zentrale Bedeutung für unser Gemeinwesen. Basis der kommunalen Selbstverwaltung sind die Städte und Ortsgemeinden.

#### **Konkrete Verbesserungen erreichen:**

- Städte und Gemeinden stehen wie das Land vor großen, insbesondere demographischen Herausforderungen. Wir wollen in ganz Rheinland-Pfalz eine leistungsfähige, ortsnahe, erreichbare Struktur öffentlicher Einrichtungen erhalten. Dazu ist Veränderung notwendig.
- Wir werden Anreize und Fördermaßnahmen des Landes auf allen Feldern konsequent an der demographischen Herausforderung orientieren. Wir werden sie als Chance nutzen.

- Wir treten ein für eine behutsame kommunale Gebietsreform. Sie muss im Land über parteipolitische Grenzen hinweg breite Zustimmung erfahren.
- Wir werden die kommunalen und staatlichen Strukturen dahingehend überprüfen, welche Ebene welche Aufgaben am besten erfüllen kann. In die Überprüfung wird auch die Stadt-Umland-Problematik einbezogen.
- Wir werden Zusammenschlüsse und Kooperationen von kommunalen Gebietskörperschaften stärker fördern und Hindernisse auf diesem Weg beseitigen.
- Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Selbständigkeit unserer Ortsgemeinden erhalten bleibt. Sie sind Garant für bürgernahe Entscheidungen. Ortsgemeinden brauchen leistungsfähige Verbandsgemeinden.
- Wir wollen erreichen, dass in der Kommunalverfassung Experimentierklauseln für die Ausweitung von Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden.
- Ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz braucht unterschiedliche Kreisstrukturen. Großkreise können im Sinne der Bürgernähe und Gleichwertigkeit der ländlichen Regionen keine Lösung sein.
- Wir werden unseren Weg fortsetzen, den rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden einen stabilen finanziellen Rahmen zur Verfügung zu stellen. Mit der Einführung des Konnexitätsprinzips und des Stabilisierungsfonds sind dafür die Weichen gestellt.
- Wir werden ab 2006 ein neues kommunales Haushaltsrecht (Doppik) mit dem Ziel von mehr Kostenbewusstsein und Effizienz einführen.

#### **4. Die Chancen einer Kernregion nutzen.**

Durch seine Lage im Herzen Europas setzt Rheinland-Pfalz ganz besonders auf die Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn. Wer nicht länderübergreifend denkt und handelt, wird die Zukunft nicht gewinnen. So wie zahlreiche Menschen aus Rheinland-Pfalz in den Nachbarregionen arbeiten und auch viele rheinland-pfälzische Unternehmen über die Landesgrenzen hinweg Kunden aus den Nachbarregionen anziehen, so wird auch auf Landesebene in Zusammenarbeit mit den Nachbarn die europäische Kernregion Rheinland-Pfalz gestärkt und entwickelt. Diese Zusammenarbeit macht nicht an den Staatsgrenzen halt. Zu einem prosperierenden Lebens- und Wirtschaftsraum gehört auch die verlässliche Partnerschaft und Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn.

Rheinland-Pfalz hat ein vitales Interesse daran, dass seine Regionen über Landesgrenzen hinweg eng verflochten sind. Mainz und zunehmend ganz Rheinhessen sind Teil des Rhein-Main-Gebietes. Ludwigshafen, Worms, Frankenthal und die Süd- und Vorderpfalz gehören zur Metropolregion Rhein-Neckar. Die südlichen Landesteile sind wichtiger Bestandteil der Pamina-Zusammenarbeit am Oberrhein und eng mit dem Raum Karlsruhe – Wörth verflochten. Die Westpfalz, Trier und die Südeifel sind über die Kooperation Saar-Lor-Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie eng miteinander verbunden. Im Norden des Landes hat die Entwicklung der Euregio Rhein-Maas und des Köln-Bonner Raumes erhebliche Bedeutung. Die rheinland-pfälzischen Teile des Siegerlandes sind mit Siegen ebenso verbunden wie der Taunus mit dem Rhein-Main-Gebiet.

Viele Menschen aus Rheinland-Pfalz finden in den Nachbarregionen Arbeit und viele rheinland-pfälzische Unternehmen ziehen über die Landesgrenzen hinweg Pendler und Kunden aus den Nachbarregionen an. Als europäische Kernregion muss Rheinland-Pfalz die Chancen konsequent nutzen, die in diesen Verpflichtungen liegen und als aktiver Partner seinen starken und zukunftssträchtigen Anteil an diesen Regionen weiter entwickeln.

### **Zusammenarbeit stärken – Lücken schließen:**

- Wir sind offen für Kooperationen über Landesgrenzen hinweg. Wir suchen vor allem im Servicebereich der Verwaltung konsequent die Kooperation mit anderen Ländern. Wir können uns ein faires Zusammengehen mit dem Saarland zu beiderseitigem Nutzen gut vorstellen.
- Wir werden durch verstärkte länderübergreifende Zusammenarbeit insbesondere von Hochschulen und Forschung sowie abgestimmter Raumordnung die länderübergreifenden Ballungsräume im innerdeutschen und europäischen Wettbewerb stärken.
- Wir werden die länderübergreifende Koordinierung des öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Rheinland-Pfalz-Takt sicherstellen.
- Wir werden die Verkehrsadern und den öffentlichen Personennahverkehr in Rheinhessen und ihre Verknüpfung in den hessischen Teil der Rhein-Main-Region ausbauen.
- Wir werden ein gemeinsames Flughafensystem Frankfurt/Main Frankfurt/Hahn anstreben. Wir werden die Anbindung des Flughafens Frankfurt-Hahn auf Schiene und Straße weiter vorantreiben.
- Wir werden die Straßenverbindung ins Elsass durch die Bienwaldumfahrung der Strecke Wörth – Straßburg deutlich verbessern. Der Vorschlag über die sogenannte Y-Variante wird geprüft.
- Wir werden die Straßen- und Schienenwege nach Luxemburg verbessern und ausbauen.
- Wir werden den ICE-Halt Montabaur stärken. Wir treiben den Ausbau der Hochgeschwindigkeitsverbindung POS (Paris – Ostfrankreich – Südwestdeutschland) Paris – Saarbrücken - Kaiserslautern - Mannheim im rheinland-pfälzischen Teil zügig voran. Wir treten für den zentralen ICE-Knotenpunkt Ludwigshafen/Mannheim ein.
- Wir werden den A 1-Lückenschluss in der Eifel vollenden.
- Wir werden mit Nordrhein-Westfalen eine gemeinsame Planung und Bewerbung des Naturparks Eifel betreiben. Wir werden die grenzüberschreitende Tourismuswerbung verstärken. Und den Vulkan-Eifelpark einbeziehen.
- Wir werden mit der Bundesgartenschau 2011 in Koblenz einen in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus beachteten Anziehungspunkt schaffen.
- Wir werden eine noch intensivere Zusammenarbeit der kommunalen Gebietskörperschaften, der Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft in der Metropolregion Rhein-Neckar auf der Basis des neuen Staatsvertrages mit den Ländern Baden-Württemberg und Hessen unter Wahrung der jeweiligen Landeszuständigkeiten unterstützen. Die gleichgewichtige Entwicklung der Teilregionen links und rechts des Rheins sowie die Einbettung des rheinland-pfälzischen Teils in den Gesamtzusammenhang der Entwicklungsplanung unseres Bundeslandes bleiben dabei für uns zentrale Ziele.

### **C. Bürgerbeteiligung fördern – Ehrenamt stärken.**

Eine aktive Bürgergesellschaft ist Voraussetzung dafür, dass das Zusammenleben in Rheinland-Pfalz gelingt und die Zukunft des Landes erfolgreich gestaltet werden kann.

Unser Land wäre ärmer, wenn sich nicht tausende von Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern in Jugendverbänden, Musikvereinen, im Sport, in den Kirchen und Religionsgemeinschaften,

bei den Rettungsdiensten, den Umweltverbänden, Umweltpatenschaften und lokalen Agenda-21-Gruppen, in Heimatvereinen, in Kultur- und Stadtteilinitiativen engagieren würden. Ohne ehrenamtlichen Einsatz wäre manche Aktivität an unseren Schulen nicht möglich. Viele pflegen mit großer Ausdauer andere Menschen. Ihnen allen gilt unser Respekt und unsere Anerkennung.

Die sozialdemokratische Landesregierung hat viel für das Ehrenamt und seine gesellschaftliche Anerkennung getan. Seit Anfang 2004 gibt es eine Sammel-Haftpflicht- und einen Sammel-Unfallversicherungsvertrag für Ehrenamtliche und freiwillig Tätige in Rheinland-Pfalz. Dies kommt insbesondere den Ehrenamtlichen in unzähligen kleinen, rechtlich unselbstständigen Initiativen zugute. Die Landesregierung hat eine landesweit vernetzte Ehrenamtsagentur eingerichtet. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die fachliche und finanzielle Unterstützung beim Aufbau und der Arbeit von lokalen Ehrenamtsbörsen, Freiwilligenzentren, Aktivbörsen und Mach-mit-Initiativen.

Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Das ehrenamtliche Engagement und der freiwillige Einsatz für die Gemeinschaft sind für uns unverzichtbare Basis einer Bürgergesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist eine neue bereichernde Fassade der Selbstbestimmung jedes Einzelnen.

Wir setzen uns dafür ein, die Integration eines spezifischen Moduls „Bürgerbeteiligung“ in der Verwaltungsausbildung zu prüfen.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen der Politik und der Verwaltung ist in den letzten Jahren erheblich erweitert worden.

### **1. Wir wollen die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt weiter verbessern.**

- Die Vielfalt von neuen Initiativen und Gruppen, die sich in allen gesellschaftlichen Bereichen außerhalb traditioneller Vereine und Verbände ehrenamtlich engagieren, gilt es weiter zu unterstützen.
- Ehrenamtliches Engagement entfaltet sich in überschaubaren sozialen Zusammenhängen vor Ort. Wir werden dafür Sorge tragen, dass öffentliche Strukturen dafür erreichbare Anknüpfungspunkte bieten.
- Die Freiwilligen Feuerwehren leisten wie die anderen ehrenamtlichen Dienste im Rettungs- und Hilfswesen einen unverzichtbaren Dienst. Wir stehen dafür, dass die Feuerwehren in den Dörfern bleiben. Um örtliche Wehren langfristig zu sichern, werden wir uns gezielt um die Nachwuchsgewinnung kümmern.

### **2. Den Sport gezielt fördern.**

- Wir werden die Investitionen in den Sportstättenbau auf hohem Niveau erhalten.
- Wir werden den Breiten- und Leistungssport über den Landessportbund und die Fachverbände weiterhin gezielt fördern.
- Wir wollen alten- und behindertengerechte Sportangebote bevorzugt unterstützen.
- Wir werden ein Programm zur Förderung von Schwimmbädern auf den Weg bringen, um eine erreichbare Schwimmbäderlandschaft zu gewährleisten.
- Sport ist mehr als Bewegung und Spaß. Er erhält die Gesundheit und vermittelt gerade Kindern und Jugendlichen wichtige Werte und soziale Kompetenzen. Der Schulsport leistet hier einen wichtigen Beitrag. Wir wollen darüber hinaus die Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Schulen und Kindertagesstätten weiter intensivieren.



## Die SPD Rheinland-Pfalz: Verantwortung und Vertrauen

In 15 Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung für Rheinland-Pfalz ist unser Land gut vorangekommen. Das ist in erster Linie der Schaffenskraft seiner Bürgerinnen und Bürger zu verdanken. Es ist aber auch das Ergebnis der kraftvollen und umsichtigen Politik von Ministerpräsident Kurt Beck und der sozialdemokratisch geführten Landesregierung.

Wir haben solide gearbeitet. Das Erreichte kann sich sehen lassen. Auf vielen Gebieten ist der Fortschritt messbar. Wir haben ein gutes Wirtschaftswachstum, sichtbare Erfolge beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und ein Bildungssystem, das auf die neuen Anforderungen eingestellt ist. Rheinland-Pfalz ist – das bescheinigen unabhängige Beobachter - der Aufsteiger unter den Bundesländern.

Das reicht uns nicht. Große Aufgaben liegen noch vor uns und wir haben noch viel vor. Die Jahrhundert-Herausforderungen des demographischen Wandels, der wirtschaftlichen Globalisierung, der weltweiten Migration treffen auch unser Land. Sie wecken Ängste, aber sie bieten auch Chancen. In jedem Fall fordern sie uns zu großen Anstrengungen heraus. Bei den Antworten, die wir für die nächsten fünf Jahre in diesem Regierungsprogramm vorgestellt haben, lassen wir uns von einer Vision leiten: Einer Gesellschaft, in der jede Einzelne und jeder Einzelne die Chance erhält, kraft seiner eigenen Fähigkeiten und unabhängig von Herkunft und materiellem Hintergrund an Fortschritt und Wohlstand teilzuhaben. Die Zeit dafür ist reif.

Wir wollen weiter unser Land verantwortlich regieren. Wenn wir die Zukunft gestalten wollen, wenn wir sie nach menschlichem Maß gestalten wollen, dann brauchen wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Vertrauen kann man nicht beschließen, Vertrauen muss wachsen. Unser Land, unsere Zukunft, das sind wir, jeder einzelne und alle zusammen. Es geht um die gemeinsame Sache und die können wir nur selber gestalten. Dabei werden wir den in Rheinland-Pfalz bewährten pragmatischen Weg einschlagen, der realistische Einzelschritte mit der Orientierung an einem ehrgeizigen Ziel verbindet.

Dieses Programm beschreibt den Weg, den Rheinland-Pfalz in den nächsten fünf Jahren nehmen soll. Wir setzen die Rahmenbedingungen für eine starke Wirtschaft, die Grundlage ist für das Wohlergehen aller; wir gestalten eine solidarische Gesellschaft, die Gerechtigkeit und Chancengleichheit verbürgt; und wir setzen uns für einen handlungsfähigen Staat ein, der Sicherheit garantiert. In der Auseinandersetzung mit den politischen Konkurrenten treten wir ein gegen Marktgläubigkeit und Ausgrenzung, für Solidarität und Menschlichkeit. Und gegen Kräfte, die soziale Gerechtigkeit für sich alleine zu reklamieren versuchen. Wir, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz und Kurt Beck, stehen für soziale Gerechtigkeit in der Vergangenheit und in der Zukunft.

Eine verlässliche Politik mit Augenmaß, Zuverlässigkeit und Stabilität ist unser Markenzeichen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz wollen die erfolgreiche Arbeit der vergangenen 15 Jahre fortsetzen. Wir bitten Sie, die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz, um Ihr Vertrauen für die vor uns liegenden fünf Jahre und eine sozialdemokratische Regierung mit Ministerpräsident Kurt Beck an der Spitze.

SPD: Damit unser Land in guten und starken Händen bleibt!